Mittag=Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 89.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 5. Februar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 4. Februar. Die diesseitige und glaubhaftem Vernehmen nach auch die deutsche Regierung werden Rußland, was die Fortsetzung der brüsseler Konferenz betrifft, nach Möglichkeit unterstützen und dahin wirken, daß die durch die brüsseler Konferenz gewonnenen Ergebnisse auch in möglichst umfassender Weise praktische Geltung gewinnen.

Brüssel, 4. Februar. Die Feier der Vermählung des Prinzen von Sachsen-Koburg-Cobary mit der Prinzessin Louise hat heute Vormittag stattgefunden. Bei dem Zivilakt vor dem Bürgermeister von Brüssel, Anspach, fungirten der Senatspräsident Fürst von Ligne, der Präsident der Deputirtenkammer, Thibaut, der Ministerpräsident Malou und der Justizminister de Lantsheere als Zeugen. Die kirchliche Trauung wurde in der Kapelle des königlichen Palais durch den Erzbischof Dechamps von Mecheln vollzogen.

Madrid, 4. Februar. Nach aus karlistischer Quelle kommenden telegraphischen Meldungen hat zwischen den Karlisten und den königlichen Truppen gestern Morgen ein Gefecht bei San Cristobal stattgefunden, in welchem die Karlisten sich den Sieg zuschreiben. Sie behaupten, die königlichen Truppen aus ihren Stellungen geworfen, zwei Kanonen erbeutet und auch Gefangene gemacht zu haben. Ebenso wollen sie an demselben Tage bei einem Gefechte in Guypuzcoa Sieger gewesen sein. — Die frühere Königin Isabella hat dagegen eine Depesche aus Oteiza vom gestrigen Tage erhalten, wonach die königlichen Truppen einen Angriff der Karlisten auf San Cristobal siegreich abgeschlagen haben. König Alfons hatte dem Gefechte beigewohnt.

Rom, 4. Februar. Der Papst hat heute in Begleitung mehrerer Kardinäle und Prälaten die neuen Arbeiten in der Basilika der St. Peterskirche, die er seit dem 20. September 1870 nicht besichtigt hatte, in Augenschein genommen. Die Kirchenthüren waren, so lange der Papst in der Basilika verweilte, gesperrt.

Konstantinopel, 4. Februar. In der der britischen evangelischen Deputation im Momente ihrer Abreise durch den britischen Botschafter zugestellten Mittheilung wird von der Regierung die Zusicherung gegeben, daß sie den christlichen Unterthanen auch künftig ihren Schutz angedeihen lassen werde.

Belgrad, 4. Februar. Das neue Ministerium ist konstituirt und besteht aus: Danilo Stefanowitsch, Ministerpräsident und Minister des Innern; Milanovitsch, Justizminister; Mavilo Maritsch, Minister für Kommunikationen; Migatovitsch, Finanzminister; Stojan Novakovitsch, Kultusminister; Bogitevitsch, Minister der auswärtigen Angelegenheiten; Protitsch, Kriegsminister. Das Ministerium will nach Außen eine loyale Friedenspolitik befolgen, im Innern aber den Weg besonnenen Fortschritts einschlagen.

Alexandrien, 4. Februar. Nach einer hier eingetroffenen telegraphischen Meldung des General Gouverneurs von Sudan hat sich die Familie des Sultans von Darfur dem Vizekönig von Egypten unterworfen. Die Annexion des Sultanats von Darfur ist damit vollständig vollzogen. Dasselbe soll in vier Provinzen eingetheilt und der Sitz der Regierung nach Facher, der bisherigen Hauptstadt, verlegt werden.

Singapore, 3. Februar. Das Sultanat von Perak (Westküste der Halbinsel Malakka) hat die englische Oberhoheit anerkannt. In der Stadt Perak wurde die englische und die malayische Flagge aufgehißt. Der Sultan hat gleichzeitig eine Proklamation erlassen, in welcher er Sicherheit des Lebens und des Eigenthums verspricht, zur Ausbeutung der Berg- und Erzschätze des Landes auffordert und Verwilligung von Landesstrecken zum Anbau zusichert.

Brief- und Zeitungsberichte.

☐ **Berlin**, 4. Februar. Nachdem der Gesetzentwurf, welcher den Ankauf des Radziwill'schen Grundstückes zu Reichszwecken bestimmt, von den gesetzlichen Faktoren die Genehmigung erhalten hat, ist der Ankauf des Grundstückes perfekt geworden und bereits der Reichsverwaltung übergeben worden. Seitens des Reichskanzlers ist, wie wir hören, auch bereits die Anordnung an den oberen Baubeamten des Reichskanzler-Amtes, Regierungsrath Neumann, die Weisung ergangen, die Räumlichkeiten der Gebäude herzurichten, um sie demnächst in Benutzung zu nehmen. Es liegt in der Absicht des Reichskanzlers schon zu Ende dieses Quartals sowohl persönlich, als auch mit den Bureaus, die bis jetzt in dem Hotel des Auswärtigen Amtes untergebracht sind, in die neu erworbenen Baulichkeiten überzusiedeln und dort einstweilen Wohnung zu nehmen. Inzwischen sollen die alten Baulichkeiten, welche sich auf dem Grundstück des Auswärtigen Amts, Wilhelmsstraße 76, befinden, niedergerissen und an ihrer Stelle ein umfangreiches den Forderungen der Neuzeit entsprechendes Dienstgebäude für den Reichskanzler errichtet werden. Erst wenn dies Gebäude vollendet ist, soll ein Umbau der Räumlichkeiten auf dem Radziwill'schen Grundstück vorgenommen werden.

— Den gerichtlichen Aussagen von Beamten ist, nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 13. Januar c., in Rücksicht auf ihre Beamtenqualität an und für sich keine höhere Glaubwürdigkeit zuzumessen, als den Aussagen anderer Zeugen. — Das Eindringen eines Polizeibeamten in eine unter polizeilicher Aufsicht stehende Wohnung ist nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 8. Januar c. als Hausfriedensbruch zu bestrafen, wenn der betreffende Beamte zur Vornahme einer Haussuchung nicht amtlich ermächtigt war. — Bei dem Erkennen auf eine Gesammtstrafe für mehrere von einer Person begangene Verbrechen oder Vergehen (reale Konkurrenz) ist nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 8. Januar c. der Richter verpflichtet, ersichtlich zu machen, wie er zu dieser Straffestsetzung gelangt ist. „Nach § 74 des Strafgesetzbuches (betreffend die reale Konkurrenz) war der Appellationsrichter verpflichtet, sich zunächst darüber auszusprechen, für welches der von ihm festgesetzten Vergehen er die relativ schwerste Strafe angemessen erachte, und diese Strafe demnächst, sofern er auch hinsichtlich derjenigen festgestellten Vergehen, welche das Gesetz mit Gefängniß oder Geldstrafe bedroht, überall für Gefängniß sich entschied, angemessen zu erhöhen und hierdurch dem Richter der Nichtigkeits-Instanz möglich zu machen, nachzuprüfen, ob er bei Abmessung der hiernach zu verhängenden Gesammtstrafe dem Gesetz gemäß verfahren sei." — Die Vereinigung mehrerer Personen zu gemeinsamem Lotteriespiel bedarf als ein Gesellschaftsvertrag nach dem Allgemeinen Landrechte (§ 170 Thl. 1, Tit. 17) der schriftlichen Form. In Beziehung auf diese Bestimmung hat das Obertribunal in einem einschläglichen Falle ausgeführt: „§ 185 des Allgemeinen Landrechts Th. 1 Tit. 5 bestimmt: „„Derjenige, welcher sich schriftlich oder zu Protokoll zu einem mündlich geschlossenen Vertrage bekannt hat, kann, soweit als die Verabredungen aus diesem Anerkenntnisse erhellen, den Mangel der schriftlichen Abfassung nicht vorschützen."" Obige Bestimmung besage jedoch nur, daß ein ganz allgemein gehaltenes schriftliches Anerkenntniß ohne Aufnahme der wesentlichen Bestimmungen des mündlichen Vertrages unzulänglich sei, um dem Aussteller den Einwand des Mangels der schriftlichen Abfassung des Vertrages abzuschneiden, spricht aber nicht aus, daß ein solches Anerkenntniß präziser und spezieller gefaßt sein müsse, als ein von vornherein schriftlich errichteter Kontrakt."

Frankenstein, 2. Febr. [Ablehnung eines Taufnamens.] Am Sonntage wollte ein hiesiger Bürger seinen Sohn in der kathol. Pfarrkirche taufen lassen, nachdem als Vornamen des kleinen Staatsbürgers bereits im Standesamt die Namen „Bismarck August" eingetragen worden waren. Der betreffende, zur Vollziehung des Taufaktes erscheinende Kleriker weigerte sich indeß, dem Kinde auch in der Taufe den Namen Bismarck beizulegen, da in der Wahl dieses Vornamens eine Kränkung der kathol. Kirche liege. Die bestürzten Pathen wandelten demzufolge „Bismarck" in „Josef" um und nun wurde das Kindlein getauft; selbstverständlich bleibt ihm trotzdem durch die standesamtliche Eintragung der Name „Bismarck" gesichert. (Schl. Z.)

Köln, 2. Febr. Die „K. Z." schreibt: Nachdem die sämmtlichen acht größeren Forts um unsere Stadt herum im Bau begriffen und die zu Bockemünd, Müngersdorf und Deckstein bereits so weit fortgeschritten sind, daß dieselben noch in diesem Jahre fertiggestellt werden können, hat man auf der anderen Rheinseite die Grundstücke angekauft, auf welchen demnächst mit der Errichtung von vier Werken zum Schutze von Deutz begonnen werden soll.

Wien, 1. Februar. Es ist seit lange bekannt, schreibt ein hiesiger gewöhnlich gut unterrichteter Korrespondent der „A. Z.", daß, mögen auch vielleicht nie förmliche Verhandlungen stattgefunden haben, ein eventuelles gemeinsames Vorgehen Preußens speziell mit Oesterreich gegenüber der nächsten Papstwahl angeregt ist, und daß Oesterreich, aus Gründen welche aus der großen Verschiedenheit der Verhältnisse hüben und drüben sich fast von selbst ergeben, seinem Verbündeten auf dem von ihm in Aussicht genommenen Wege nicht folgen zu können geglaubt hat. Wenn man indeß daraus die Trübung der bisherigen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen und Staaten oder wenigstens die Möglichkeit ihrer Trübung abzuleiten versucht hat, so dürfte eine solche Schlußfolgerung jeder Berechtigung entbehren, und ich möchte mir erlauben auf einen Umstand hinzuweisen, der keinen Zweifel gestattet, daß Oesterreich, trotzdem es seine eigenen Wege zu gehen sich verpflichtet erachtet, doch weit entfernt ist die Wege Preußens irgendwie kreuzen zu wollen. Es war schon mehrfach gerüchtweise die Rede davon, daß unter den für die Neuwahl des Papstes in Aussicht genommenen Persönlichkeiten der österreichische Kardinal Rauscher mit in erster Reihe stehe: das Gerücht hat die Wahrheit gesprochen. Nun würde unter anderen Umständen die Erhebung eines Mannes wie Rauscher auf den päpstlichen Stuhl vielleicht ein sehr glücklicher Griff sein, denn der Fürstbischof von Wien gehört nicht der extremen kirchlichen Richtung an und er ist ein entschieden staatsmännischer Kopf, der schwerlich die ganze Zukunft der Kirche auf eine einzige gewagte Karte setzt. Aber immer würde auch er in erster Linie die Interessen der Kirche, wie sie nun einmal sind, wahrnehmen müssen und wollen, und so hat denn Oesterreich, dem Vernehmen nach, alles aufgewendet, die Wahl eines österreichischen Kirchenfürsten überhaupt zu hintertreiben; es soll eben selbst nicht dem leisesten Verdacht Raum gegeben werden, als ob bei einem möglicherweise noch verschärften Zusammenstoß zwischen der preußischen Staatsgewalt und der römischen Kurie hinter der letzteren Oesterreich stehe, und so wird, soweit dabei der Entschluß der österreichischen Regierung maßgebend sein kann, bei der Erledigung des Pontifikats von einer österreichischen Kandidatur unter allen Umständen nicht die Rede sein.

Versailles, 2. Februar. (Nationalversammlung.) Bei Eröffnung der Sitzung gab der Präsident von einem Amendement Bertauld (linkes Zentrum) Kenntniß, welches lautet: „Während der Gewalten, welche dem Marschall Mac Mahon durch das Gesetz vom 20. November übertragen sind, ist er mit dem Recht bekleidet, die Deputirtenkammer aufzulösen. Er kann es nur einmal vor der Beendigung seines Mandats ausüben. Das Auflösungsrecht gehört, wenn das gegenwärtige Gesetz nicht revidirt wird, den Präsidenten nicht an, welche dem Marschall Mac Mahon nachfolgen werden." Der Berichterstatter des konstitutionellen Ausschusses, Ventavon, theilt mit, daß die Kommission den ersten Theil des Amendements annimmt, aber den zweiten Theil desselben verwirft. Auch den Antrag Wallon's verwirft der Ausschuß. Der Berichterstatter spricht sich besonders energisch dagegen aus, daß die Wähler drei statt sechs Monate nach der Auflösung zusammenberufen werden sollen. — Bertauld vertheidigt hierauf sein Amendement. Das Gesetz vom 20. November habe dem Marschall die Gewalt unwiderruflich für sieben Jahre ertheilt. Der Marschall sei unverantwortlich, und falls ein Konflikt zwischen ihm und der Deputirtenkammer ausbreche, so müsse Ersterer letztere beseitigen können. Von 1880 ab sei dies aber anders. Der Präsident der Republik würde nicht mehr unabhängig sein, und deßhalb bedürfe er nicht mehr des Auflösungsrechts. Luro (rechtes Zentrum) ergreift das Wort: Herr Bertauld giebt dem Präsidenten der Republik das Recht ausnahmsweise; ich will, daß es die Regel sei. Die Republik existirt thatsächlich. (Lärm rechts.) Ja, die Republik besteht, und sie ist eine Nothwendigkeit. (Unterbrechungen rechts, Beifall links.) Man muß sie deßhalb organisiren, und deßhalb ihrem Präsidenten das Auflösungsrecht geben, welches er selbst forderte, aber mit dem Vorbehalt, daß er es nur nach dem Gutachten des Senats ausüben kann, wie es Herr Wallon verlangt. (Sehr gut! auf der Linken.) Redner sucht nun darzuthun, daß die Republik jetzt allein möglich sei. (Rechts Geschrei und Unterbrechungen, links Beifall.) Und diese Republik, aber nicht mit einer Stimme Majorität, sondern mit einer beträchtlichen Majoritätt. (Beifall links, furchtbarer Tumult rechts.) Ich gehöre nicht zur republikanischen Partei aber ich bringe dem Lande meine Ueberzeugung zum Opfer. — Castelane (Rechte): Das ist nicht die Frage. — Links: Doch! Doch! — Luro: Es ist die Frage! Ich und meine Freunde stimmten am Sonntag für die Republik, und ich will sagen, weßhalb wir so handelten. (Beifall links.) Indem wir unsere Ueberzeugung zum Opfer brachten, wollten wir mit der republikanischen Partei an den konstitutionellen Gesetzen arbeiten, deren das Land bedarf und welche die alte Majorität in Folge ihre Spaltungen nicht votiren kann. (Lärm rechts.) Deshalb müssen wir das thun, was möglich, und ich glaube, daß sich alle aufrichtigen Republikaner der Republik anschließen können. (Dreifacher Beifallssturm links, große Erregung). — De Meaux (gemäßigte Rechte) erhebt sich zunächst gegen die Erklärungen und die Rechtfertigung des Vorredners. Der Beschluß vom letzten Sonnabend habe nicht das Gesetz vom 20. November vernichtet. Deshalb müsse man die Regierung des Marschalls gegen die Unmöglichkeit schützen, nicht regieren zu können. Redner bestreitet nicht das Votum vom letzten Sonnabend, aber in diesem Votum war nicht gesagt, daß die Präsidenten, welche nachfolgen werden, die nämlichen Vorrechte haben wie der Marschall. Die Lage des Marschalls ist eine ganz andere als die, welche seine Nachfolger haben werden. Er will deshalb eine Organisation wie die des Herrn de Broglie, und nicht wie die des Herrn Dufaure, die zu gefährlich sei. — Herzog Larochefoucauld (äußerste Rechte) gewährt dem Marschall das Auflösungsrecht, weil ihm die Kammer nach dem Beschlusse vom 20. November dieses Zeichen der Achtung schuldig sei. — Dufaure besteigt nun die Tribüne. Er dankt dem Herzog von Larochefoucauld für die Aufrichtigkeit seiner Erklärungen; er kann nicht das Nämliche Betreffs des Herrn de Meaux sagen, der weniger klar gewesen sei. Die Erklärungen des Herrn de Larochefoucauld sind ein Zeichen der Achtung gegen den Marschall. Jedoch haben wir dem Marschall ebenfalls ein wirkliches Recht geben wollen, indem wir ihm das Auflösungsrecht übertrugen. Aber wir müssen es auch den zukünftigen Präsidenten der Republik zugestehen. (Rechts: Nein!) Im Grunde genommen unterscheidet sich unser Antrag wenig von dem des Ausschusses, und indem wir die Unterdrückung des Titels eines Marschall-Präsidenten haben wollten, hatten wir nur die Absicht, ein konstitutionelles und kein persönliches Gesetz zu machen. Redner führt nun aus, daß man bei dem vorliegenden Gesetz, sowie auch bei dem über den Senat, die konstitutionelle Form in Anwendung bringen müsse. Er sieht nicht die Nothwendigkeit ein, daß man, wie es der Herzog von Larochefoucauld verlange, ein Vertrauensvotum gebe. Dufaure untersucht nun den Antrag von Wallon von dem Standpunkte der Auflösung selbst aus. Dieses Recht konstituire eine ernste Prärogative, selbst eine Neuerung. Aber er glaubt nicht, daß die Republik, welche die Versammlung gründen will, nach dem Muster der früheren Republiken gemacht werden müsse. Die Sitzung dauert fort

Vom Landtage.

6. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 4. Februar, 11 Uhr. Am Ministertisch Camphausen, Leonhard, Falk, Achenbach und Friedenthal mit zahlreichen Kommissarien.

Das Haus tritt in die erste Berathung des Staatshaushalts für 1875 ein, zu der sich fünf Redner: Richter (Hagen) Rickert, von Schorlemer-Alst, von Wedell Malchow und Hoppe zum Wort gemeldet haben. Die Redner gegen und für den Etat wechseln, Ueber die geschäftliche Behandlung des Staatshaushaltsetats liegt ein von Lasker, Rickert, Klotz, von Schorlemer Alst und v. Köller auf Grund allseitiger Verständigung eingebrachter Antrag vor: 1) der Budgetkommission zu überweisen das Etatsgesetz, das Extraordinarium des Etats der Eisenbahnverwaltung, Kap. 11 Tit. 24 der Einnahme der Allgemeinen Finanzverwaltung, von dem Etat der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen zwei Abschnitte des Ordinariums (Kap. 66 Titel 1—19 Kap. 68 Titel 1—15) und das ganze Extraordinarium, ebenso vom Ordinarium des Etats des Kultusministeriums die Kapitel 123—127, die von den Universitäten, den Gymnasien und Realschulen, dem Elementar-Unterrichtswesen, Kunst und Wissenschaft, Kultus und Unterricht gemeinsam handeln, sowie das ganze Extraordinarum dieses Etats. 2) Durch Kommissarien des Hauses gruppenweise vorberathen zu lassen die Etats der Berg-, Hütten- und Salinen-, der Eisenbahn-, der Allgemeinen Finanzverwaltung, der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen, die Etats der Justiz Verwaltung, des Ministeriums des Innern, des landwirthschaftlichen Ministeriums, der Gestütverwaltung, des Kultusministeriums, durchweg mit Ausschluß der etwa an die Budgetkommission überwiesenen Abschnitte; endlich 3) alle übrigen Etats unmittelbar im Plenum zur zweiten Berathung zu stellen.

Abg. Richter (Hagen): Nach der Thronrede und den einleitenden Worten des Herrn Finanzministers könnte es scheinen, als ob die charakteristische Eigenschaft des diesjährigen Etats darin bestände, daß eine erhebliche Verminderung der Steuerlast in Folge neuer Gesetze zum ersten Mal zur Erscheinung komme. Wenn man indessen den Etat genauer ansieht, so ist dies doch nicht in beträchtlichem Umfange der Fall. Was zunächst den Ersatz der Mahl- und Schlachtsteuer durch die Klassensteuer betrifft, so beziffert sich nach Abrechnung der Ausgabeersparnisse der Ausfall für die Staatskasse auf 300,000 Mark; so spitz haben seiner Zeit die Herren Vertreter des Finanzministeriums zu rechnen verstanden, als sie sich bei Berechnung des Zusatzes für den Ausfall der Mahl- und Schlachtsteuer zum Klassensteuerkontingent schließlich auf den Betrag von 3 Millionen Thaler abhandeln ließen. Der Ausfall in Folge Wegfalls des Chausseegeldes und des Zeitungs- und Kalenderstempels wird zum Theil durch die übrigen erheblich gestiegenen Steuern aufgewogen, der klassifizirten Einkommensteuer, der Gebäudesteuer, der Gewerbesteuer u. s. w. Rechnet man Einnahmen und Ausgaben bei den direkten und den indirekten Steuern zusammen, so ergiebt sich nach jenen Steuerausfällen eine Verminderung der Einnahmen aus Steuern von nur 4 Millionen Mark. Man muß natürlich bei den Ausgaben die vom Finanzministerium dahin übertragenen Wohnungsgeldzuschüsse in Abzug bringen. Auch dieser Ausfall wird durch das natürliche Wachsthum der Steuern sehr bald ausgeglichen werden. Der Herr Finanzminister hat allerdings darauf

verzichtet, daß das Klassensteuerkontingent mit der zunehmenden Bevölkerung und Wohlhabenheit von Jahr zu Jahr erhöht wird, aber nicht darauf, daß der Ausfall, welcher durch Versetzung von Klassensteuersteuerpflichtigen unter die Einkommensteuerpflichtigen entsteht, von den in der Klassensteuer Zurückbleibenden vollständig übertragen wird. Es sind ja über 12,000 Personen mit dem Betrage von 1,100,000 Mark in die Einkommensteuer versetzt worden, so daß ein Ausfall von etwa 3 Proz. beim Klassensteuerkontingent von den Zurückbleibenden übertragen werden mußte. Im Großen und Ganzen sind die Voraussetzungen, von denen wir bei Berathung des Klassensteuergesetzes ausgegangen sind, zugetroffen; wir haben es schon damals nicht als ein vollständiges Reformwerk, sondern nur als einen ersten Schritt betrachtet, um aus der Stagnation, in der sich die Klassen- und klassifizirte Einkommensteuergesetzgebung bei uns seit 25 Jahren befindet, herauszukommen. Es wird die Aufgabe des Finanzministeriums sein, noch innerhalb dieser Legislaturperiode noch weitere Schritte zur Reform unseres Steuersystems anzubahnen. Ich will heute nicht die Richtung vorzeichnen, wie ich mir eine solche weitere Reform denke und nur den Mangel einer variablen, von den Beschlüssen des Hauses abhängigen Einnahmeposition hervorheben. Für den Reichshaushaltsetat wird dieser Mangel zum Theil durch die Matrikularbeiträge gedeckt. So unvollkommen auch diese Matrikularbeiträge sein mögen, so ermöglichen sie es doch, bei der Prüfung der Nothwendigkeit einer Ausgabe die Gegenfrage zu stellen, ob es nicht nützlicher sei, eine in Aussicht genommene Einnahmeerhöhung, die mit der Ausgabeerhöhung in Verbindung steht, zu unterlassen. So sehr auch das Ausgabebewilligungsrecht des Reichstages eingeschränkt ist, so trägt es doch innerhalb des ihm verbliebenen Kreises einen ernsteren Charakter, als das des Abgeordnetenhauses. Während die Berathung im Reichstage mehr darauf hingeht, die Ausgaben zu vermindern, haben umgekehrt die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses die Tendenz, die Ausgaben zu erhöhen. Ich weiß sehr wohl, daß das im Wesentlichen durch die verschiedene Natur der Ausgaben hier und im Reiche bedingt wird; aber zum Theil liegt es auch daran, daß wir nicht in der Lage sind, wenn wir eine Ausgabe absetzen, auch auf eine entsprechende Verminderung der Einnahmen an Steuern hinzuwirken. Wir befinden uns ja keineswegs in einer ungünstigen Finanzlage, aber wir werden doch in den nächsten Jahren nicht mehr so, wie in den Vorjahren in der Lage sein, aus dem Vollen zu schöpfen. Da würde die Einführung einer variablen, quotisirten Steuer einen erheblichen Stützpunkt abgeben gegenüber dem Drängen, das aus den verschiedensten Interessentenkreisen laut wird auf weitere Erhöhung der Ausgaben. Das Finanzministerium wird aber auch die Reform unseres Kommunalsteuersystems anbahnen müssen. Es ist ja wahr, die Steuerlast der Staatssteuern, so ungerecht sie auch im Einzelnen vertheilt sein mag, ist doch im Ganzen nicht besonders drückend; die Staatssteuern haben seit 1866 abgenommen. Aber die Kommunalsteuern sind um so mehr gewachsen. Das Realsteuersystem ist in den Kommunen fast gar nicht entwickelt und es können daher Grundbesitzer nicht in entsprechend höherem Maße besteuert werden. Nun ist es ja richtig, daß der Staat den Kommunen zwar manche neue Aufgabe zugewiesen hat; viele hat er ihnen doch aber auch abgenommen. Wenn die Position „Elementarlehrer" so erheblich erhöht worden ist, so liegt auch darin für die Kommune oder die Schulsozietäten in gewissem Sinne eine Entlastung. Aber es wäre doch einfacher, anstatt daß man aus dem Bassin des Staatshaushalts gewisse Fonds den Kommunen zuführt, ihnen direkt von der Einnahmequelle der Gelder zuzutheilen. Die Befriedigung lokaler Bedürfnisse aus Staatsmitteln bringt alle die Nachtheile mit sich, die eine Zentralisation solcher Dinge im Gefolge hat. Gleichwohl ersehen wir aus den uns vorliegenden Kommunalreformgesetzen, daß man bei der alten Schablone im Wesentlichen verbleibt. Was den Haushalt der Provinzen betrifft, so beabsichtigt man allerdings denselben auf Renten der Staatskasse zu basiren. Diese haben aber den Nachtheil, daß sie gleich bleiben, während die Ausgaben sich steigern werden; sie schließen ferner aus, den Ausgaben eine variable Einnahme gegenüber zu stellen. Ich möchte den Gedanken aussprechen, ob es nicht die Aufgabe des Finanz-Ministeriums ist, bevor wir an die Berathung der einzelnen Gesetze gehen, einen Plan aufzustellen für die Reorganisation unseres Steuersystems, soweit dasselbe mit der Kommunalreform in Verbindung steht. Es wäre in diesem Plane zur Entscheidung zu bringen, in welcher Form die Grundsteuer und die Gebäudesteuer beizubehalten oder irgend wie mit dem Haushalt der Provinzen, Kommunen und Kreise in Verbindung zu bringen sei. Unsere Finanzlage ist noch eine so günstige, daß wir uns auf weitere Steuerreformprojekte durchaus nicht so sehr einzuschränken brauchen. Wir brauchen deshalb bei großen Steuerreformen nicht allzusehr darauf zu sehen, ob dadurch weitere Ausfälle von ein Paar Millionen für die Staatskasse entstehen. Der Herr Finanzminister hat ja selbst bei der Berathung des Etats im Herrenhause im Februar v. J. gesagt: „M. H., ich will Ihnen aufrichtig bekennen, ich würde mich für verpflichtet gehalten haben, auf größere Steuerreformen hinzuwirken, wenn ich nicht bedacht hätte, daß in Zukunft die Heeresorganisation größere Mittel in Anspruch nehmen wird." Der Herr Minister hat damals offenbar an die bevorstehende Erhöhung der Matrikularbeiträge im Reiche gedacht. Statt der beabsichtigten Erhöhung von 13½ Millionen für unsern Staatshaushalt ist nun aber infolge des ablehnenden Reichstagsbeschlusses eine Ermäßigung um etwa 800 000 Mark eingetreten. Einige Mitglieder des Reichstags, die auch Mitglieder dieses Hauses sind, warnten uns davor im Reichstage, von der Erhöhung der Matrikularbeiträge Abstand zu nehmen, weil sie meinten, der Herr Finanzminister hätte sich bereits auf die vorgeschlagene Höhe der Matrikularbeiträge eingerichtet. Nun, wir sehen, daß der Herr Finanzminister es verstanden hat sich auch anderweitig einzurichten und das, was ihm unverhofft zugekommen ist, durch Erhöhung der Dotationen für verschiedene Verwaltungszweige unterzubringen. — Man hört wohl diesem Etat gegenüber die Frage aufwerfen, ob die Kassenbilanz, die Bilanz zwischen Einnahmen und Ausgaben, im Etat nicht herbeigeführt werde auf Kosten der Vermögensbilanz, also durch Abnahme des nutzbaren Vermögens des Staates. Auf den ersten Blick könnte man das glauben, da ja in Einnahme gestellt sind einschließlich des Postens bei der Domänenverwaltung, 22 Millionen Mark Einnahme aus Veräußerungen von Staatsgrundstücken — wesentlich handelt es sich also um die Einnahme des vormaligen Staatsschatzes. Auf der anderen Seite kommt in Betracht, daß theils in Folge der Konsolidation, theils in Folge des Wegfalls von Schuldenposten sich der Betrag derjenigen Summen, welche für die Schuldentilgung verwendet waren, aus den laufenden Einnahmen erheblich vermindert hat. Nach einer von mir sorgfältig angestellten Berechnung bin ich zu dem überraschenden Ergebniß gekommen, daß wir in diesem Jahre aus laufenden Mitteln zur Vermehrung des unmittelbar nutzbaren Staatsvermögens viel mehr verwenden, als im vorigen Jahre. Während in diesem Jahre der Etat mit einem Plus von 18½ Millionen abschließt, hat der vorjährige Etat blos mit einem Plus von 6½ Millionen abgeschlossen; dieser Etat beansprucht also 12 Millionen mehr zur Vermehrung des nutzbaren Staatsvermögens. Ich habe bei meiner Rechnung ganz außer Acht gelassen die erheblichen Summen, die im Ordinarium der Domänenverwaltung, der Forstverwaltung, der Berg- und Hüttenverwaltung und der Eisenbahnverwaltung ausgesetzt sind. Diese Summen bleiben allerdings mit 15 Millionen Mark um 5 Millionen hinter der gleichartigen Summe des Vorjahres zurück. Stelle ich nun die Rechnungen aus Ordinarium und Extraordinarium zusammen, so komme ich zu dem Schlußergebniß, daß in unserem diesjährigen Etat eine Vermehrung des nutzbaren Staatsvermögens um 33½ Mill. Mark ausgesetzt ist, während der vorjährige Etat nur einen solchen Posten in Höhe von 26½ Millionen Mark nachwies. Der Unterschied steckt namentlich im Extraordinarium des Eisenbahnetats. Letzteres zeigt allerdings eine Verminderung gegen das Vorjahr um 8 Mill. Mark. Man darf aber nicht vergessen, daß im vorigen Jahr 24 Mill. Mark verwandt wurden zur Dotirung des Extraordinariums der Eisenbahnverwaltung aus Mitteln der französischen Kriegskontribution, also nicht aus laufenden Einnahmen. Diese Verstärkung unseres Etats fällt in diesem Jahre fort: gleichwohl vermindert sich das Extraordinarium des Eisenbahnetats nicht um diesen Betrag von 24 Millionen Mark, sondern nur um einen Betrag von 8 Mill. Mark, so daß wir mit 16 Millionen Mark den Unterschied aus den laufenden Mitteln in diesem Jahre zu decken haben. Man ist es ja unzweifelhaft, daß wir auf manche der jetzt noch vorhandenen Einnahmebeträge in den nächsten Jahren nicht in demselben Umfange rechnen können. Die Verwandlung der Preußischen Bank in eine Reichsbank wird in zwei Jahren eine Differenz von 5 Millionen Mark im Etat ergeben. Die Seehandlung wird vielleicht auch nicht mehr so große Ueberschüsse abführen. Zugleich kommt doch aber auch in Betracht, daß das Extraordinarium noch sehr hoch dotirt ist. Es ist uns möglich geworden, durch die reichen Dotationen in den letzten Jahren viele Bedürfnisse zu befriedigen, die man früher zu befriedigen versäumt hat. Es würden also nach deren Befriedigung gewisse Beschränkungen zuläsig sein, ohne daß daraus Nachtheile entstehen. Aber auch die Einnahmen werden steigen; dieselben sind durchaus nicht zu hoch veranschlagt, namentlich nicht bei der Forst-, der Justiz-, der Bergwerks- und Hüttenverwaltung.

Wenn ich nun auch hiernach im Ganzen unseren finanziellen Horizont für sehr klar ansehe, so besteht doch eine Gefahr für die Ordnung desselben; dieselbe liegt in unseren Staatseisenbahnen. Wenn wir in der Weise, wie es in den letzten Jahren geschehen ist, fortfahren, unsere Einwilligung zum Bau von Staatseisenbahnen zu geben, so wird binnen Kurzem unser ganzes Finanzsystem in Zerrüttung kommen. Die Staatseisenbahnen erheischen mit ihrer wachsenden Bedeutung im Rahmen des Etats in jedem Jahre eine erhöhte Aufmerksamkeit. Man hat im Etat viele Wünsche der Budgetkommission berücksichtigt und auch das Anlagekapital der Bahnen berechnet. Diese Rechnung wirkt aber eher verwirrend, als aufklärend; wir vermissen dabei die Berechnung der Bauzinsen, die vielleicht das Anlage Kapital bis zu 10 Prozent erhöhen würden; ferner die beträchtlichen Summen, welche aus den Ordinarien der Etats zur Vermehrung des Anlagekapitals verwandt worden sind. Wir wissen aus den Verhandlungen der Budgetkommission, daß die einzelnen Verwaltungen ihr Möglichstes thun, um im Ordinarium große Summen derart zu verstecken, weil sie glauben, dann vor der Kritik des Finanzministers sicherer zu sein, als wenn sie diese Summen im Extraordinarium in Ansatz bringen. Auch die Pensionen der Eisenbahnbeamten und der ratirliche Antheil an den Zentralkosten sind nicht berechnet. Wäre dies geschehen, so würde sich ein viel niedrigerer Reinertrag der Eisenbahnen ergeben haben, als im Etat für 1875 berechnet ist (5,38 Prozent), ja zu einem Prozentsatz, der viel geringer ist, als das, was die Beschaffung des erforderlichen Kapitals kostet. Bedenken wir doch, daß es Zeiten gegeben hat, in denen wir, um 93 oder 94 Thlr. zum Bau von Staatseisenbahnen zu erhalten, eine 4½prozentige Verschreibung über 100 Thlr. ausstellen mußten. Von Seiten des Privatpublikums wird immer darauf hingewiesen, daß die Eisenbahnen im Jahre 1875 wegen der gesunkenen Kohlen- und Eisenpreise eine erhebliche Ersparniß haben würden. Wie unser Staatseisenbahnetat zeigt, ist diese große Ersparniß zum großen Theil aufgewogen, ja übertroffen durch die erhöhten Ausgaben für das Beamtenpersonal. Von den Eisenbahneinnahmen sind die Gütereinnahmen die hauptsächlichsten und der Anschlag im Etat setzt voraus, daß die Tariferhöhung im nächsten Jahr fortdauern wird. Inzwischen ist aber von Seiten des Bundesrathsausschusses ein Antrag beim Plenum gestellt, für wesentliche Theilung der Transportmengen, namentlich Kohlen, zu den früheren Sätzen zurückzugreifen. Die Interessentenkreise haben freilich in Bezug auf die Herabsetzung der Tarife das Möglichste gethan. Die Agrarier haben sich mit den Eisenschutzzöllnern und den Kohlengrubenbesitzern verbunden und wenn ich nach den Zuschriften, die schon im Abgeordnetenhause aus solchen Kreisen bekannt sind, bemesse, was unser Ministerium von dem Andrange solcher Leute zu leiden hat, so kann ich mir einen Begriff machen, wie schwierig es für die Herren ist, für andere Geschäfte Zeit zu behalten. Ich freue mich jedesmal, wenn ich aus dem Zorn der Börsenpresse über den Herrn Finanzminister entnehme, daß derselbe irgend eine Interessentengesellschaft, die sich an ihn herandrängt, wie er einmal gründlich hat abfallen lassen. (Heiterkeit). Wenn unsere Eisenbahnetats auch jetzt noch ein leidliches Aussehen haben, so müssen wir doch bedenken, wie viel neue Eisenbahnen noch gebaut werden sollen. Ich kann mich nicht enthalten, eine sehr unpopuläre Ansicht auszusprechen, die auch vielleicht auf einigen Seiten des Hauses unangenehm berührt; ich meine nämlich, die Staatsregierung könnte nichts Besseres thun, als das Haus zu ersuchen, sie zu entbinden von dem Bau der Berlin Wetzlarer und der Hinterpommerschen Bahn. (Sehr richtig!) Ich freue mich, daß ich mit dieser Ansicht doch nicht so ganz allein stehe. Jedenfalls müssen wir die Staatsregierung bitten, von weiteren Projekten zur Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes für mehrere Jahre Abstand zu nehmen.

Man kann sich den Etat am besten dadurch klar machen, daß man denselben in zwei Theile zerlegt; auf der einen Seite die Betriebsverwaltung, die Einnahmen und Ausgaben des Finanzministeriums, die Dotation für die öffentliche Schuld, auf der anderen die Einnahmen und Ausgaben des Staatsministeriums, des Handelsministeriums für Bau- und Gewerbeverwaltung, des Justizministeriums, des landwirthschaftlichen und des Kultusministeriums. Der eine Theil, der produktive, giebt dem konsumirenden nur etwa 3 Millionen Mark mehr als im Vorjahr ab. Wenn daher einzelne Ministerien eine erheblich höhere Dotation empfangen haben, so ist das auf Kosten der anderen Ministerien geschehen. Beispielsweise sind im Extraordinarium des Handelsministeriums für Kanalbauten 8 Millionen Mark weniger angesetzt, als im Vorjahr, nämlich nur 4 Millionen. Allerdings glaube ich, daß im Vorjahr die Bereitwilligkeit des Finanzministers in diesem Punkte größer war, als die Möglichkeit im Ressort des Handelsministeriums, die bewilligten Summen entsprechend zu verwenden. Bei der Berathung der Kanalprojekte in der Budgetkommission hatte ich das Gefühl, als ob wir mit der Realisirung solcher Projekte Gefahr liefen, im buchstäblichen Sinne des Wortes Geld ins Wasser zu werfen. Bei dem Projekt der Lahnkanalisation ist uns ja gelungen, dies auch kalkulatorisch nachzuweisen. Wenn nämlich alle Güter, die man in Folge der Kanalisation die Lahn herunterzuführen in Aussicht nahm, auf der Lahnbahn vom Staat unentgeltlich verfahren würden, würde der Staat noch ein besseres Geschäft machen, als wenn er den Kanal dazu baute. (Heiterkeit.) Man hat von dem Projekte auch Abstand genommen. Wir werden überhaupt erwägen müssen, ob nicht ein Theil des Wasserbauwesens auf den Haushalt der Provinzen zu übertragen sein möchte. Für die hinterpommerschen Häfen sind wieder 855,000 Mk. ausgeworfen. Wenn man zu dieser Summe den Zinszuschuß für die hinterpommersche Eisenbahn und für die Bahn Köslin Danzig hinzunimmt, so ergiebt dies schon einen höheren Betrag, als der ganze Regierungs-Bezirk Köslin an direkten Steuern und dazu noch aus seinen Domänen und Forsten aufbringt. Die Regierung scheint also gegen Hinterpommern besonders freigebig zu sein. Die 54 Millionen Mark, die wir demnächst für die hinterpommer'sche Bahn verwenden, von der wir wissen, daß sie sich nicht rentirt, habe ich noch gar nicht gerechnet. Man kann freilich entgegnen, auf diese Weise dürfe ein Staat nicht rechnen, er dürfe nicht mit der einzelnen Landschaft aufrechnen, was sie einbringt und kostet; aber man kann auch von dem entgegengesetzten Grundsatze aus dahin kommen, die Kapitalien im Lande künstlich zu vertheilen und auf dem Umwege der Staatskasse dahin zu führen, wo eigentlich die Voraussetzungen zu einer produktiven Verwendung in einem gewissen Umfange noch nicht vorhanden sind. Ich mache diese Bemerkung schon jetzt, um vorzubeugen, daß nicht aus dem hinterpommer'schen Unternehmen des Herrn Wagner, der pommerschen Zentralbahn, demnächst irgend welche Ansprüche an die Finanzen des Staates geknüpft werden möchten. Was den Etat für das Ministerium des Innern betrifft, so finden wir in demselben freilich alle königlichen Polizeiverwaltungen in den Städten aus dem vorigen Jahre wieder, selbst in den Städten, wo die Nützlichkeit im Hause erheblichen Zweifeln unterworfen war. Vielleicht ist es aber richtiger, die Berathung über Reorganisation der Polizei in den Städten an die Kommunalreform anzuknüpfen. Den Wünschen des Hauses entsprechend hat man Zehrungskosten für die Gendarmen ausgesetzt, auch für eine bessere Bekleidung und Ausrüstung der Gendarmen mehr aufgewendet. Ich bedaure nur, daß man nicht in Aussicht genommen hat, die Gendarmen ihrem Berufe etwas mehr entsprechend zu bekleiden und auszurüsten, denn der blinkende Helm und das weiße Bandelier macht sie ja schon auf tausend Schritte für den Landstreicher erkennlich. (Heiterkeit). — Es ist ferner eine erhebliche Summe für Standesämter ausgeworfen, die vom Staate besonders beauftragte Beamte zu verwalten haben. Die Summe würde voraussetzen, daß etwa der achte Theil der Standesamtsverwaltung nicht von Gemeinde- und Kommunalbeamten, sondern von besonderen Staatsbeamten zu führen ist. — Was die geheimen Fonds in Verbindung mit dem Reptilienfond betrifft, so kann ich mir in diesem Jahre eine größere Auseinandersetzung sparen, denn die offiziöse Presse hat im Laufe des vorigen Jahres so viel zu öffentlichem Aergerniß Veranlassung gegeben, daß es nicht mehr nöthig ist, die öffentliche Aufmerksamkeit noch darauf zu lenken (Heiterkeit); so zuerst mit dem Fall des Kapitän Werner, bei dem Kullmann'schen Attentat, dann mit dem Prozeß Arnim und zum würdigen Schluß des Jahres ist aus Anlaß des Falls Majunke auf der ganzen Linie ein großes Geschimpfe gegen den Parlamentarismus überhaupt und gegen den Abg. Lasker im Besonderen losgegangen und erst nach Neujahr hat man die wilden Leute wieder zurückgepfiffen. (Heiterkeit). Vielleicht giebt das Ableben des Kurfürsten von Hessen der Staatsregierung Veranlassung, mit der Beseitigung des Reptilienfonds endlich vorzugehen.

Was das landwirthschaftliche Ministerium betrifft, so ist dasselbe ja sehr reichlich bedacht; es stechen besonders in die Augen der Fonds für ein neues Gebäude des Ministeriums und die Erhöhung des Meliorationsfonds. Wenn man in den Motiven liest von dem licht- und luftlosen, nach einem engen Hofe belegenen Wohnzimmer des landwirthschaftlichen Ministers, so muß man freilich in Verwunderung gerathen, daß es schon so dauerhafte landwirthschaftliche Minister gegeben hat. (Sehr gut!) Mir scheint es aber doch noch nicht so ganz entschieden, daß der Fortbestand des landwirthschaftlichen Ministeriums absolut nothwendig ist. Ich kann mir wohl denken, daß, nachdem in diesem Ministerium so viele Jahre hindurch überhaupt nicht gearbeitet worden ist, nun ein eifriger und arbeitslustiger Minister für einige Jahre vollauf zu thun hat, um die Reste aufzuarbeiten. Wenn aber die nothwendigen Gesetze erlassen sind, dann fragt es sich doch wieder, ob für einen tüchtigen Minister genug zu thun ist, um so mehr, als wir nicht davon Abstand werden nehmen können, gewisse Theile des landwirthschaftlichen Haushalts an die Provinzen zu überweisen. Nebenbei scheint es mir überhaupt auch an der Zeit zu sein, die gesetzliche Organisation unserer obersten Staatsbehörden wieder ins Auge zu fassen. Ich möchte dabei den Gedanken aussprechen, ob es, nachdem wiederholt abgelehnt ist, die Domänen- und Forstverwaltung mit dem landwirthschaftlichen Ministerium zu verbinden, nicht vielleicht richtiger wäre, die Handels- und Gewerbeabtheilung des Handelsministeriums mit diesem Ministerium zu verbinden. Es würde für den Handelsminister noch genug zu thun übrig bleiben, wenn er nur mit der Aufsicht über das Eisenbahnwesen und die Bauabtheilung betraut würde. Außerdem glaube ich, daß es viel richtiger wäre, das Landesökonomie-Kollegium ganz abzuschaffen, als ihm einen neuen schönen Saal im Ministerialgebäude anzuweisen. In unserer Zeit sorgen die Berufsklassen selbst dafür, daß ihre besonderen Interessen vertreten werden, so daß man wirklich von Staatswegen nicht nöthig hat eine solche Vertretung zu organisiren. Die Landwirthschaft hat das Ungenügende des Kollegiums selbst empfunden und sich daneben selbst eine Organisation geschaffen und ich muß sagen, daß der deutsche Landwirthschaftsrath mit dem Herrn Wedell Malchow an der Spitze mehr leistet, als das gesammte Landesökonomie-Kollegium. (Sehr richtig!) Was die Erhöhung des Landesmeliorationsfonds betrifft, so bezweifle ich nicht, daß das Geld untergebracht werden wird, aber es liegt die Frage nahe, ob es nicht richtig wäre, die Verwaltung solcher Meliorationsfonds vom landwirthschaftlichen Ministerium abzutrennen und mit den provinzialen Haushalten zu verbinden. — In diesem Jahre finden wir dann auch die Schauprämien wieder in Rennprämien verwandelt. Ja, es wird auch dem Hause zugemuthet, ein ganz erkleckliches Reugeld für seinen früheren Beschluß zu bezahlen, indem der Fonds von 60,000 auf 70,000 Thlr. erhöht ist. Ich will in dieser Session gegen die Motivirung keine weitere Opposition machen, denn ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß man mit derselben Zeit und derselben Arbeitskraft eher dazu kommen kann, anderweit Millionen abzusetzen, als hier nur 10,000 Thaler.

Was nun den Etat des Kultusministeriums betrifft, so sticht ganz besonders in die Augen die Erhöhung des Fonds zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen, denn die Lehrer sind doch hier nur ornamental hinzugefügt, um zwei Millionen Mark. Wir haben im vorigen Jahre diesen Fonds um 250,000 Thaler, im Jahre zuvor um 50 000 Thaler erhöht; in der Denkschrift über die Verwendung dieser Summen sagt der Herr Minister, daß er aus diesem Fonds den Geistlichen auf 10 Jahre Besoldungsverbesserungen zuerkannt hat. Ich setze voraus, daß der Minister diese Anweisung auf 10 Jahre nur gegeben hat, unter dem Vorbehalt, daß das Abgeordnetenhaus in jedem Jahre diesen Fonds bewilligt. Sollte das nicht der Fall sein, so würde der Minister seine Befugniß überschritten haben, denn es ist ausdrücklich konstatirt worden, daß es hier keineswegs auf die Dotation der Geistlichen abgesehen sei, sondern daß das Haus in der Lage bleibe, in jedem Jahre diese Bewilligung zurückzunehmen. Der Minister hat die Erhöhung damit befürwortet, daß man mildernd auf die Mißstimmung einwirken wolle, die unter der Geistlichkeit in Folge der neuen Gesetzgebung eingetreten sei. Diese Erwartungen haben sich durchaus nicht erfüllt. In Bezug auf die katholische Geistlichkeit glaube ich, konnte man das billigerweise auch nicht erwarten. Was die evangelische Geistlichkeit anlangt, so haben Sie ja jetzt in den Synoden wahrnehmen können, wie die Herren Geistlichen gestimmt sind. Es ist lediglich dem parlamentarischen Ungeschick und der knappen Zeit zuzuschreiben, daß man nicht zu direkt feindseligen Kundgebungen gegen den Minister vorgegangen ist. An manchen Orten ist dies ja gleichwohl geschehen. Es wurde gesagt, wir könnten nicht umhin, aus Billigkeitsgründen in der gegenwärtigen Lage die Geistlichen zu unterstützen. Die Geistlichkeit faßt diese unsere Gnadenbewilligung jetzt als ein Recht auf und sie verlangt schon von Rechtswegen noch viel mehr, als wir ihr zuerkannt haben. Bereits beruft man sich überall auf das Gesetz von 1810, wenn nicht gar auf den westfälischen Frieden: von der Verfassungsurkunde, welche dazwischen liegt, nehmen die Herren keine Notiz und rechnen können sie überhaupt nicht, denn dann müßten sie wissen, daß von dem Gesetze von 1810 und der damaligen Konfiskation der geistlichen Güter sich nicht solche Ansprüche herleiten lassen. Es ist gesagt worden, wir möchten den Gemeinden, die nicht leistungsfähig sind, etwas zuwenden. Jetzt beginnt man dem Angriffe der Leistungsfähigkeit schon eine ganz andere Ausdehnung zu geben; man betrachtet eine Gemeinde als nicht leistungsfähig, wenn sie nichts leisten will. Diese Anschauung finden wir schon in der Denkschrift in Bezug auf die Entschädigung der Geistlichen wegen des Zivilehegesetzes vertreten; da sollen die Herren auch entschädigt werden für den Ausfall, der durch die freiwillige Herabsetzung, bezw. Einschränkung der kirchlichen Aufgebote von Seiten der Kirche entsteht, dafür daß die Kirche freiwillig ihre Preise herabsetzt, um die alte Nachfrage zu erhalten. (Heiterkeit links.) Die Synoden verlangen den Wegfall der Stolgebühren und Entschädigung seitens des Staates, die pommersche Synode giebt uns in Bezug auf die Deckungsfrage den guten Rath, eine Staatssteuer auf die Zivilstandsakte zu legen in der Weise, daß die Geistlichen dadurch entschädigt werden für den Ausfall der Stolgebühren. Die Geistlichen wollen also, daß die Brautpaare die Geistlichen bezahlen, auch wenn sie sie nicht in Anspruch nehmen, aber sie wollen den Staat zum Exekutor machen und ihm die Gehässigkeit aufbürden. Das Zivilehegesetz hat auch die Folgen gehabt, daß es die wahren Zustände der evangelischen Kirche offen und klar gelegt hat. Nachdem nun niemand mehr gezwungen werden kann, sich kirchlich trauen und taufen zu lassen, tritt es klar hervor, daß unter den Mißregierungen von Mühler und Raumer die evangelische Kirche gerade in dem Mittelpunkte der Bildung und Gesittung jeden Boden im Volke vollständig verloren hat (sehr wahr! links), daß sie aufgetrocknet ist zu einem kaum noch einen Inhalt aufweisenden Schema. Man wagt es nicht, die Stolgebühren zu erheben, weil man befürchtet, dann kommen die Leute nicht zum

Geistlichen; man wagt nicht, eine Kirchensteuer zu erheben, weil man der Ansicht ist, daß es nur eines leisen Anstoßes bedürfte und das nur noch formell und äußerlich aufrechtsteh nde Gebäude bricht vollständig zusammen. Man sollten doch die evangelischen Geistlichen zur Erkenntniß ihrer Sünden kommen und es sich angelegen sein lassen, von unten herauf im Herzen und Gemüth des Volkes wieder ein n Anhalt zu gewinnen. Statt dessen meinen sie, durch stärkere Kirchenzucht größere Anmaßung und Herrschsucht sich oben halten zu können. (Sehr wahr!) Weil die Geistlichen sich nicht an ihre Gemeinden wenden mögen, darum soll der Staat eintreten; sie ziehen es vor, Staatspensionäre zu werden, als sich mit ihren Gemeinden auf guten Fuß zu stellen Das System also, welches wir jetzt mit der Dotation begonnen haben, ist mehr geeignet, ihre äußere Herrschaft über die Gemeinden zu erhalten, als sie in Wahrheit zu Dienern der Gemeinden zu machen. Ich behaupte nicht, daß der Minister Dr. Falk diese Tendenz theilt, aber eins muß ich sagen: er macht ihnen Konzessionen, und jede Konzession wird als Schwäche aufgefaßt; (Sehr wahr! links.) er sucht zu vermitteln, und jede Vermittlung steigert nur die Anmaßung dieser Herren. (Sehr wahr! links.) Die große Mehrheit hat ja die Politik des Ministers gegenüber der katholischen Kirche rückhaltslos unterstützt, ich muß sagen, daß ich dem Gesetzentwurf über die kirchliche Vermögensverwaltung meine wärmsten Sympathien entgegentrage; aber wir haben doch allen Grund, in den Maßnahmen, die er in Bezug auf die evangelische Kirche vorschlägt, vorsichtig zu sein. Es thut mir jetzt gar nicht leid, daß Sie die Synodalkosten bewilligt haben, nun sieht es alle Welt deutlich, welcher Schaden in der Entwickelung unseres Volks- und Staatslebens gestiftet worden wäre, wenn das Haus damals die Synodalverfassung die gesetzliche Sanktion ertheilt hätte. (Sehr wahr! links.) Darum sollten wir Bedenken tragen dem Minister im Budget auf einem Wege noch weiter zu folgen, der schließlich auch dahin führen wird, die Kirche mehr und mehr zur Staatsanstalt zu machen, die Geistlichen äußerlich unabhängig von ihren Gemeinden zu stellen und sie damit in Bestrebungen zu unterstützen, die Kirchengemeinden zu beherrschen. — Im Extraordinarium des Kultusministerium finde ich einen etwas dunklen Titel für ein Campo santo in Berlin. Es scheint mir diese erste Rate von 600,000 Mark die schmale Spitze einer weitgehenden Forderung zu sein. Ich weiß nicht, was sie eigentlich bedeutet. Evangelische Kirchen hat der Staat nicht zu bauen und wenn es sich nur um eine Fürstengruft handelt, so bin ich der Ansicht, daß diese zu bauen Aufgabe des Kronfideikommißfonds ist. Dieser hat die Natur eines Pauschquantums, er schließt daher die Bewilligung zu Spezialzwecken aus. Würden wir daneben etwas bewilligen, dann müssen wir ihn überhaupt spezialisiren und schließlich auf den Weg kommen, den man mit der Spezialisirung der Zivilliste in England eingeschlagen hat. So wenig ich sonst ein Freund der Pauschquantumswirthschaft bin, möchte ich diesen Weg doch nicht betreten; es könnte sonst die parlamentarische Kritik leicht in Konflikt mit den persönlichen Wünschen des Herrschers gerathen. Ich glaube, beide Theile, sowohl das Abgeordnetenhaus wie das königliche Haus, haben ein Interesse daran, es beim bisherigen Zustande zu belassen, und darum müssen wir a limine Alles abweisen, was einem Verlassen unserer bisherigen Prinzipien in dieser Beziehung ähnlich sieht. Für Kunst und Wissenschaft sind größere Summen ausgeworfen und es ist sehr zu begrüßen, daß man sich endlich entschlossen hat, daß das Plus der Garde du Corps Kaserne Gebäuden höheren Zwecken weiche. Ich bedaure nur, daß dieser Theil des Etats so überaus kärglich motivirt ist. Die Wortkargheit bei diesem Ministerium sticht überhaupt sehr ab gegen die Redseligkeit, die in den Motiven des landwirthschaftlichen Ministeriums zu Tage tritt. (Heiterkeit.) Die Form des Etats für das Kultusministerium läßt viel zu wünschen übrig. Die Zuschüsse für die Kirchen und Geistlichen sind zu wenig spezialisirt, außerdem kommen Hunderte von Uebertragungen aus einem Titel in den anderen vor; mindestens hätten dieselben motivirt sein müssen. In dem Kapitel von den Schulaufsichtsposten ist in Bezug auf unklare Darstellung das Möglichste geleistet. Im vorigen Jahre kam es in der Budgetkommission zur Sprache, daß bei der Universitätsverwaltung Etatsüberschreitungen bei Bauten und sachlichen Ausgaben gedeckt würden durch Ersparnisse bei den Besoldungen und Professoren. In diesem Etat ist allerdings vermerkt, daß man von dieser Praxis abgegangen sei, infolge dessen seien aber pro 1873 und zurück bei einer Reihe von Instituten Etatsüberschreitungen entstanden. Anstatt nun letztere zu buchen und die nachträgliche Genehmigung in der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben nachzusuchen, sucht man für bereits 1873 verwendete Gelder hier im Etat für 1875 nach! Für die Zukunft aber will man durch eine Verstärkung des Titels „Insgemein" einen Etatstitel für Etatsüberschreitungen schaffen. Ein wunderliches Beispiel findet sich bei einem Fonds: „zur Erhaltung von Kunstdenkmälern im Regierungsbezirk Kassel." Es heißt da: „Der nur mit 1500 Mark dotirte Fonds wird behufs Deckung der im Jahre 1875 erforderlichen Ausgaben um 2,00 Mark überschritten werden müssen. Durch etwaige künftige Ersparungen ließe diese Ueberschreitungen sich nicht tilgen." Man entschuldigt sich also damit, daß man keinen Vorgriff in künftige, von uns noch gar nicht bewilligte Fonds machen könne, weil man durchaus keine Aussicht habe, das später wieder einzubringen. Die Naivetät, mit welcher man hier solche Grundsätze ausspricht, zeigt, daß man im Kultusministerium keine Ahnung hat von den Grundsätzen, auf denen unsere ganze finanzielle Ordnung und Ordnung des Etats beruht. Ich bin weit entfernt, den Herrn Minister persönlich dafür verantwortlich zu machen; er müßte sich doch aber die erforderlichen Kräfte zur Seite stellen, die hinreichend sind, um in seinen Etat die so sehr wünschenswerthe Ordnung herzustellen. Ich habe dies Alles nur angeführt, um den Herrn Finanzminister von der Nothwendigkeit zu überzeugen, ein Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben zu Stande zu bringen, obgleich ich anerkenne, daß unser Etat seit dem Amtsantritt des Herrn Finanzministers erheblich an Klarheit gewonnen hat. Ich wünschte aber, daß der Herr Minister sich das Programm, welches aus der Berathung der Reichstagskommission über das Gesetz der Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben hervorgegangen ist, sich im Wesentlichen aneigne. Die Berathung des Etats könnte um so kürzer ausfallen, je klarer der Etat formell wird. (Beifall.)

(Schluß folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 5. Februar.

r. In der, gegen den Direktor des kath. Schullehrer-Seminars zu Exin, Geistlichen Kubowicz, schwebenden Disziplinaruntersuchung sind bereits in Exin selbst zwei Lehrer, sowie mehrere Zöglinge der Anstalt eidlich vernommen worden. In derselben Angelegenheit hat vor einigen Tagen hier die eidliche Vernehmung der beiden Seminarlehrer Szafranski und Kielczewski, von denen dem Ersteren bekanntlich nach Suspension des Direktors die Leitung der Anstalt interimistisch übertragen worden ist, außerdem des Seminarlehrers Samietz, welcher vor etwa einem halben Jahre von Exin nach Paradies versetzt wurde, stattgefunden.

r. Professor Robert v. Schlagintweit hielt Donnerstag Abends im Lambert'schen Saale seinen ersten Vortrag, und zwar über die Pacifique-Eisenbahn. Der große Saal war aufs Aeußerste gefüllt, so daß viele Zuhörer keine Sitzplätze mehr erhielten; es mochten gegen 1000 Personen anwesend sein. Der Vortrag begann pünktlich 8 Uhr und erreichte um 9½ Uhr sein Ende; erläutert wurde derselbe durch eine große Karte, zahlreiche Abbildungen und Stereoskopbilder. Der Redner spricht frei, und es gelang ihm mit seiner wenn auch nicht vollen doch lauten Stimme den weiten Raum zu beherrschen. Den Inhalt des interessanten Vortrages werden wir in unserer nächsten Nummer skizziren.

— Der Posen-Kreuzburger Eisenbahn-Gesellschaft ist nach Mittheilung des „Staats-Anz." die Erlaubniß zur Anfertigung der generellen Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Kreuzburg über Rosenberg und Lublinitz nach Gleiwitz ertheilt worden.

r. **Der Rettungsverein** hielt seine ordentliche Generalversammlung am 28 v. M. Abends im Stadtverordneten-Sitzungssaale ab. Der Branddirektor Lischke eröffnete dieselbe mit einem herzlichen Willkommen an die erschienenen Kameraden und Gönner des Vereins. Derselbe zählt nach dem Verwaltungsberichte gegenwärtig 253 Mitglieder und zwar in der ersten Abtheilung 155, davon 33 Steiger, 20 Mann in der I., 21 in der II., 15 in der III., 17 in der IV. Kompagnie, und 20 in der Feuerwehr auf der Schrodka; in der zweiten Abtheilung 98 Mitglieder, nämlich 22 Maurer, 13 Zimmerleute, 20 Schlosser, 25 Schneider, 18 Tischler. Monatlich fanden Uebungen des gesammten Vereins am Steigethurm statt. Es betheiligten sich 12 Mitglieder am Stiftungsvereine des Rettungsvereins in Schrimm (28. Juni) und 5 Mitglieder als Deputirte am 6 Vereinstage, welcher am 29. August v. J. in Hirschberg abgehalten wurde; die meisten Mitglieder nahmen an dem Sommerfeste im Landwehrgaten (12. Juli v. J.), sowie an dem Volksfeste ebendort (2. September) Theil. Die Steigerabtheilung hielt unter Leitung des Branddirektors Lischke und des Brandmeisters Lindner am 31. Oktober v. J. auf dem Kernwerke vor den dazu kommandirten Soldaten eine Feuerwehrübung ab. Auf das Gesuch des Vorstandes und Befürwortung des Magistrats bewilligte die Stadtverordnetenversammlung dem Vereine die erbetene Reisebeihilfe für Deputirte zum Hirschberger Vereinstage in Höhe von 50 Thlr.; ferner wurde dem Vereine seitens des Magistrats eine Subvention von 38 Thlr. für neu angeschaffte Steigeleitern und seitens der Stadt-Feuer Sozietät eine Prämie von 30 Thlr. für die außerordentliche Thätigkeit des Vereins bei der am 31. Mai v. J. in der Posthalterei und am 7. Juni auf der Wallischei Nr. 11, stattgefundenen Bränden zu Theil. Die in der vorjährigen Generalversammlung angeregte Statutenveränderung ist einer Kommission übertragen worden, deren Arbeiten der nächsten außerordentlichen Generalversammlung zur Berathung vorgelegt werden soll. Nach der Mittheilung, daß die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag des Magistrats die Erhöhung der jährlichen Subvention von 150 Thaler auf 1200 Mark genehmigt habe, erhoben sich die Versammelten zum Zeichen des Dankes von ihren Sitzen und brachten den städtischen Behörden ein dreimaliges Hoch aus — Mittelschullehrer Gräter berichtete hierauf in Abwesenheit der Vereins-Rendanten, M. Asch und D. Kantorowicz, über die Kassenangelegenheiten. Danach betrugen die Einnahmen des Vereins 435 Thlr., die Ausgaben 427 Thlr., mithin der baare Kassenbestand 8 Thlr., mit dem Bemerken daß der Verein noch eine Schuldenlast von 70 Thlr. zu tilgen hat. Die Vergnügungskasse hatte eine Einnahme von 199 Thlr. und eine Ausgabe von 151 Thlr., so daß ein Bestand von 48 Thlrn. vorhanden ist. — Hierauf erhielten durch den Direktor Lischke das 25jährige Abzeichen: Schlossermeister Helling, Jakob Asch u. Rud. Lischke, Maurer Schwotka, Rentier O. Werner, Schneider K. Scholl; die silberne Auszeichnung: Mittelschullehrer Gräter, Schlossermeister Lischke und der stellvertretende Brandmeister Ed. Wonneberg. Zu Ehrenmitgliedern sind ernannt worden: der Gouverneur Freiherr v. Wrangel hieselbst, Bürgermeister Wiebmer und Bäckermeister Boldin in Schrimm sowie Kaufmann Festg in Hirschberg; zu Ehrenkameraden: Werkmeister Bienert in Goaolin, Tischler Freund zu Posen. — Die Zahl der Brände im verflossenen Jahre betrug 17. — Nach Verlesung der im vergangenen Jahre verstorbenen 8 Mitglieder wurde zur Wahl geschritten. Nachdem Mittelschullehrer Gräter und Lischke I. eine Wiederwahl abgelehnt hatten, gehören gegenwärtig zum Vorstande: Kaufmann David Kantorowicz Rentier O. Werner, Kaufmann M. Asch, Kaufmann Krzyzanowski jun., Gelbgießermeister Oficreki; Stellvertreter derselben sind: Musiklehrer Jeenicke und Strumpffabrikant Gerling. Die Hauptleute und Adjutanten der Kompagnien wurden wiedergewählt. — Vor Schluß der Versammlung sprach der Polizeidirektor Staudy einige Worte der Anerkennung in Bezug der Leistungen des Vereins aus und brachte auf denselben ein Hoch aus, welches seitens des Vereins erwidert wurde.

△ **Pinne**, 3. Februar. [Kommunales. Rohheit.] Wer in jüngster Zeit unser Städtchen betritt, wird gewiß von der Reinlichkeit, die trotz anhaltender feuchter Niederschläge jetzt in unsern Straßen herrscht, sehr angenehm berührt werden. Wir verdanken dies der energischen Handhabung der Straßenordnung des neugewählten Bürgermeisters Herrn Szablykowski, dessen Wahl voraussichtlich unserer Stadt zum Heile gereichen wird. Derselbe hat bereits während der kurzen Zeit seines neuen Amtes dokumentirt, daß er das Zeug besitzt, unseren städtischen Uebelständen gründlich zu begegnen. Zu diesen Letzteren gehört nun auch die mehr als mangelhafte Straßenbeleuchtung. Wir haben es bereits bis zu 8 Petroleum-Lampen gebracht: aber diese sind so weit von einander entfernt, ihr winziges Licht — ist so matt und unbedeutend, daß die Wintermächte unseres Krähwinkels, wenn nicht Mondschein im Kalender steht, sich einer Finsterniß erfreuen, die der egyptischen zu Pharaos Zeiten nicht nachsteht. Leider aber hat dieser Uebelstand seine sehr ernste Seiten im Gefolge; denn er gestattet dem Janhagel, harmlose Kinder und Erwachsene ungestraft thätlich zu insultiren. So z. B. bekam vorigen Dienstag Abend der 6jährige Sohn eines hiesigen Lehrers beim Nachhausegehen, wahrscheinlich von einem Schlossergesellen, mit einem spitzigen Instrumente einen derartigen Hieb ins Gesicht, daß das Kind ohnmächtig wurde und mehrere gefährliche Wunden davontrug.

§. **Schrimm**, 4. Februar. [Kreditverein. Professor Schlagintweit. Remuneration. Versetzung.] In der am 30. Januar stattgehabten Generalversammlung des hiesigen Kreditvereins, eingetragene Genossenschaft, erstattete der Direktor desselben, Kaufmann Schachnow, Bericht über den Geschäftsbetrieb des verflossenen Geschäftsjahres und erfolgte alsdann die Rechnungslegung durch den Rendanten, Kaufmann H. Breslauer. Seit des kurzen Bestehens (1. Oktober 1874) erfreut sich der Verein eines ziemlich regen Geschäftsbetriebes. Die Zahl der Mitglieder ist bis auf 34 gestiegen, deren Einlagen 1. und theilweise 2. Rate 3975 Mark betragen. Der Kassenabschluß stellt sich wie folgt heraus: Aktiva: Kassenbestand 158 Mark 89 Pf., ausstehende Forderungen 4 935 Mark, Utensilien-Konto 51 Mark, in Summa 5,144 Mark 89 Pf. Passiva: Mitgliederguthaben 3 975 Mark, Reservefond 96 Mark, Depositen 1,003 Mk. 52 Pf, schuldige Zinsen 5 Mark 95 Pf, Anticipandozinsen 43 Mark 64 Pf., Reingewinn 20 Mark 78 Pf., in Summa 5144 Mark 89 Pf. — Am 1. d. Mts. hielt in dem Verein für Fortbildung und Geselligkeit vor einem zahlreich versammelten Publikum Hr. Professor von Schlagintweit einen interessanten und lehrreichen Vortrag über Californien und die Chinesen. — Für die erfolgreiche Betreibung des deutschen Sprachunterrichtes in nicht deutschen Schulen sind in hiesigem Kreise 3 Lehrer und zwar Urbanski-Schrimm, Boat in Zbrudzewo und Kobilinski in Radzewo mit Remunerationen in Höhe von 25 Thlr. bedacht worden. — Der seit dem letzten Manöver als Kommandeur des 2. Bat. Westf. Füsilier-Regts. Nr. 37 hierher versetzte Major Hagen hat seit dem 1. d. M. s. Schrimm verlassen, um einem Rufe als Lehrer an die Kriegsschule zu Kassel Folge zu leisten. Die Führung des Bataillons übernimmt Major Bonselow aus Posen.

Σ **Schwerin a. W.**, 3. Februar. [Schule und Landwirthschaft.] In der letzten landwirthschaftlichen Sitzung wurde unter andern die wichtige Frage diskutirt: „Aus welchen Gründen hat die Landwirthschaft die Verpflichtung, sich der Volksschule auf's Thätigste anzunehmen? Scheint es für die hiesigen ländlichen Verhältnisse schon geboten, mit Bildung von sogenannten Fortbildungsschulen vorzugehen?" Herr Hecker sprach, um einem Mitgliede, das dagegen auftrat, zu widerlegen, daß er schon in mehreren seiner früheren Stellungen für die Lehrer und ihre Schulen Manches mit gutem Erfolg gethan habe, und in warmen und bewegten Worten forderte er alle Landwirthe auf, sich der Schulen anzunehmen und die Lehrer in ihrer Thätigkeit nach allen Richtungen hin, sowohl in Bezug auf einen guten Schulbesuch, als auf ihre Besserstellung zu unterstützen. Der Landwirth brauche nicht nur schlechtweg Arbeiter, sondern solche, welche durch die Schule zur Ordnung, Pünktlichkeit, Reinlichkeit ꝛc. erzogen sind. Die Landwirthe hätten noch höhere Verpflichtungen zur Unterstützung der Lehrer als die Städte, viele Unterlassungssünden seien noch wieder gut zu machen. Diese Auslassungen fanden allgemeine Anerkennung; doch wurde von der Einrichtung von Fortbildungsschulen vorläufig noch Abstand genommen.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Königsberg i. Pr.**, 4. Februar. Die Einnahmen der Ostpreußischen Südbahn im Januar 1875 betrugen 488,540 Mark mehr als im Vorjahre.

** **Wien**, 4 Febr. Wochenausweis der gesammten lombardischen Eisenbahn vom 22. bis zum 28. Jan. 1,155,558 Fl., gegen 1,081,769 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochen-Mehreinnahme 73,789 Fl. Bisherige Mehreinnahme seit 1. Januar d. J. 243,425 Fl.

Vermischtes.

* **Graudenz**, 2. Februar. Vorgestern wurde der k. Staatsanwaltschaft ein Knabe aus Abbau Dorf Roggenhausen zugeführt, welcher seinen eigenen Vater der Verübung vieler Diebstähle, die derselbe in Gemeinschaft mit anderen Personen ausgeführt haben soll, bezichtigt hat. Der Knabe kann weder lesen noch schreiben, er ist bereits 14 Jahre alt, konfirmirt und dennoch will er gar nicht, oder nur sehr wenig die Schule in Roggenhausen besucht haben. Befragt, was er denn während der Schulversäumnißzeit getrieben, und wie es komme, daß er nicht zwangsweise zur Schule geholt worden sei, erklärte er, daß er am Tage immer zu Hause gesessen, des Nachts aber mit dem Vater auf Diebstahl ausgegangen sei; der Lehrer habe ihn nie holen lassen. Das Stehlen gefalle ihm nun nicht mehr, und da der Vater ihn durch Schläge zur Theilnahme an Diebereien zwingen und ihn nicht dienen lassen wolle, so habe er sich an den Gendarmen gewandt und bitte um Schutz vor seinem eigenen Vater. (G.)

* **Haag**, 3. Febr. Einer der Regierung aus Batavia zugegangenen Depesche vom heutigen Tage zufolge hat eine Eruption des Vulkans Kloet auf Java stattgefunden. Dieselbe hat große Verheerungen angerichtet.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Madrid, 4 Februar. Loma besetzte Zumaya und gewann die Straße nach Cestona. Die Carlisten sind auf dem Rückzuge gegen Cestona. Von Oteiza wurde heute früh gemeldet, daß die Truppen eine große Anzahl karlistischer Verschanzungen, ohne großen Widerstand zu finden, nahmen. Die Carlisten wurden meist durch strategische Bewegungen der Truppen genöthigt, ihre Stellungen aufzugeben.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 4 Februar, Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Febr. 54, 50, pr. April-Mai 55, 40 Juni-Juli —, —. Weizen pr. April-Mai 175,00. Roggen pr. Februar 147, 50 pr. April-Mai —, —, per Mai-Juni 145, 30. Rüböl pr. Februar —, —, pr. April-Mai 53, 50, pr. Mai-Juni 54, 50. per Sept. Okt. 55,70. Zink fest. Wetter: Schneetreiben.

Bremen, 4 Februar. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 12 Mk. — Pf. bz. Steigend.

Hamburg, 4. Februar. Getreidemarkt. Weizen loko still, auf Termine beh. Roggen loco still, auf Termine beh. Weizen 126-pfd. pr Februar 1000 Kilo netto 185 B., 184 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 184½ B., 183½ G., pr Mai-Juni 1000 Kilo netto 186½ B., 185½ G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 187 B., 186 G. Roggen pr. Februar 1000 Kilo netto 154 B., 152 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 147 B., 146 G., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 146 B., 145 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 146 B., 145 G. Hafer flau. Gerste flau. Rüböl still, loco und pr. Febr. 56½, pr. Mai pr. 200 Pfd. 56. Spiritus ruhig, pr. Februar 44½ pr. April-Mai 45, pr. Mai-Juni pr. 100 L. 100 pCt. 45½. Kaffee ruhig, Ums. 2000 Sack. Petroleum fest, Standard white loko 11, 60 B., 11, 50 G., pr. Februar 11 50 G., pr. Februar-März 10, 50 Gd., pr. August-Dezember 12, 60 Gd. — Wetter: Veränderlich

Köln, 4. Februar. Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt) Wetter Schön. Weizen beh., hiesiger loco 20, 25, fremder loko 19, 50, pr. März 19. 00, pr. Mai 18 56. Roggen unv., hiesiger loko 17, 00, pr. März 14, 75, pr. Mai 14, 50. Hafer loco 19, 50, pr. März 18, 10, pr. Mai 17, 75. Rüböl fester., loko 29, 00, pr. Mai 29, 50, pr. Oktober 30, 90.

London, 1. Febuar, Vormittags. Die Getreidezufuhren vom 23. bis zum 29. Januar betrugen: Englischer Weizen 6792, fremder 23,650, englische Gerste 2408, fremde 4700, englische Malzgerste 21,054, englischer Hafer 275, fremder 11,595 Qrtrs. Englisches Mehl 20,651 Sack, fremdes 783 Sack und 3140 Faß.

London, 3 Februar, Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbericht. Für sämmtliche Getreidearten schleppendes Geschäft. Hafer fest, Mais eher billiger. — Wetter: Nachtfrost.

Liverpool, 3 Februar, Nachmittags. Baumwolle. (Schlußbericht): Umsatz 12000 B., davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Ruhig. Amerik. Verschiffungen matt.

Middl. Orleans 7⅞, middling amerikan 7⅝, fair Dhollerah 5¼, middl. fair Dhollerah 4⅞, good middling Dhollerah 4⅝, middl. Dhollerah 4¼, fair Bengal 4⅛, fair Broach 5⅜, new fair Domra 5¼, good fair Domra 5¾, fair Madras 5, fair Pernam 8⅛, fair Smyrna 6½, fair Egyptian 8⅞.

Liverpool, 4. Februar, Vormittags. Baumwolle (Anfangsbericht). Muthmaßlicher Umsatz 15 000 Ballen. Stramm. Verschiffungen 1/16 höher. Tagesimport 5000 B., davon 3000 Ballen amerikanische, — B. ostind.

Paris, 4. Februar, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schlußber.) Weizen matt, pr. Febr. 24, 25, pr. März-April 24, 50, pr. Mai-August 25, 25, per Mai-Juni 24, 75. Roggen, pr. Februar —, —, pr. März April —, —, pr. Mai August —, —. Mehl ruhig, pr. Februar 52, 00, pr. März-April 52, 50, pr. Mai-August 54, 00. pr. Mai-Juni 53, 25, Rüböl weich., pr. Februar 74, 00, pr. März-April 74 75, pr. Mai-August 76, 00. pr. September-Dezember 77, 50. Spiritus ruhig, pr. Februar 53, 00, pr. Mai-August 54, 25. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 4. Februar, Nachmittags. (Getreidemarkt) Schlußbericht. Weizen pr. Mai 267. pr. Nov. 275, Roggen pr. Oktober 181½, pr. März 184½. Raps pr. Herbst — Fl.

Antwerpen, 4. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen matt. Galatz 19. Hafer stetig, Donau 22¼, Riga —. Gerste steigend. Vendee —.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loko 28 bez., 28½ B., pr. Februar 28 bez. und Br., pr. März 28 bz., 28½ B., pr. September 32 bz., 32½ Br., pr. September-Dez. 33 Br. Steigend.

Manchester, 2 Februar, Nachmittags. 12r Water Armitage 7¾, 12r Water Taylor 9½, 20r Water Micholls 10¾, 30r Water Gidlow 11¾, 30er Water Clayton 13⅜, 40er Mulle Mayoll 12, 40r Medio Wilkinson 13⅝, 36r Warpcops Qualität Rowland 13, 40r Double Weston 13½, 60r Double Weston 16, Printers 16/16, 34/66 8½-pfd. 117. Mäßiges Geschäft, Preise fest.

Glasgow, 4. Februar. Roheisen. Mixed numbers warrants 73 Sh. 3 d.

Die Verschiffungen der letzten Woche betrugen 10900 Tons gegen 5600 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Berlin, 4 Februar. Wind: W. Barometer 27, 11. Thermometer früh + 1° R. Witterung: bedeckt.

Die Stimmung für **Roggen** war heute ziemlich fest Es handelte sich nur um Befriedigung mäßiger Kauflust für Termine, doch haben die zurückhaltenden Abgeber eine geringe Erhöhung ihrer Forderungen durchsetzen können. Waare hat sich im Werthe behauptet; das Angebot ist schwächer gewesen, als in den letzten Tagen. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 152 Rm. per 1000 Kilgr. — **Roggenmehl** ein wenig fester. Gekündigt 1500 Ctr. Kündigungspreis Mk 21 45 per 100 Kilgr. — **Weizen** brachte etwas bessere Preise für en fernte Sichten zeigte sich mehr Kauflust. — **Hafer** loko in fester Haltung, Anerbietungen merklich geringer, Termine preishaltend — **Rüböl** in ziemlich regem Verkehr bei kaum veränderten Preisen. — **Spiritus** ohne wesentliche Aenderung, bei matter Haltung und beschränktem Verkehr. Gekündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis Rm. 56 90 per 10.000 Liter-pCt.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 165–207 Rm nach Qual. gef., gelber per diesen Monat —, April-Mai 180,50–181 Rm. bz., Mai-Juni 182 Rm bz, Juni-Juli 183,50–184 50 Rm. bz. — **Roggen** loko per 1000 Kilgr 150–168 Rt. nach Qual. gef., inländ. 159–165 ab Bahn bz., russischer 144 151,50 do., per diesen Monat 152 Rm. bz., Febr.-März 151 Rm. bz., Frühjahr 145 50–147 Rm. bz, Mai-Juni 144 144,50 Rm bz., Juni Juli 144 Rm bz — **Gerste** loko per 1000 Kilgr. 144 191 Rm. nach Qual. gef — **Hafer** loko per 1000 Kilogr. 160–190 Rm nach Qual gef., ost- u. westpreuß 167–178 galiz u ungar. 163–175, pomm. u. meckl. 180–186, russ. 165 a 178 ab Bahn bz., per diesen Monat , Frühjahr 171 Rm. bz., Mai-Juni 165–165,50 Rm. bz., Juni-Juli 164,50 Rm nom., Juli August —. — **Erbsen** per 1000 Kilgr. Kochwaare 157–234 Rm. nach Qual., Futterwaare 177–186 Rm. nach Qual — **Raps** per 1000 Kilgr. — — **Leinöl** loko per 1000 Kilogr. ohne Faß 62 Rm. bz. — **Rüböl** per 100 Kilogr loko ohne Faß 53 5 Rm bz., mit Faß 54 Rm bz., per diesen Monat do, Febr.-März do, April-Mai 51,7 54 6 54 7 Rm. bz., Mai Juni 55,2 Rm. bz., Sept. Okt. 58,5–58–58,2 Rm. bz. — **Petroleum** raffin. (Standard white) per 1000 Kilogr. mit Faß loko 27 Rm bz, per diesen Monat 25 75 Rm. bz., Febr.-März 24 50 Rm. bz, Sept.-Oktober 26,50 Rm bz — **Spiritus** per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Faß 55,4–55 6 Rm bz., per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat 56,8–57 Rm bz., Febr.-März do., März April —, April-Mai 58–57,9 Rm. bz, Mai-Juni 58,1 Rm. bz., Juni-Juli 59 1 Rm. bz, Juli-August 60,1 Rm. bz, Aug.-Sept. 60,4 Rm bz. — **Mehl** Weizenmehl Nr. 0 26 50–25,50 Rm, Nr. 0 u. 1 25–23,50 Rm, Roggenmehl Nr. 0 24–23 Rm., Nr. 0 u. 1 22 21 Rm per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u 1 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack per diesen Monat 21,45–21,50 Rm bz., Febr.-März do. März-April do., April-Mai 21,50 Rm. bz., Mai-Juni do., Juni Juli do. (B. u. H. Z.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde	Barometer 260' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
4 Febr	Nachm. 2	27" 4''' 68	+ 2°3	W 2-3	trübe St., Ni.
4. "	Abnds 10	27" 6''' 11	— 0°6	SW 1	bedeckt. Ni.[1]
5. "	Morgs. 6	27" 6''' 80	— 1°5	NW 2	trübe. St.

[1] Schneemenge: 4,5 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 3 Februar 1875 12 Uhr Mittags 2,22 Meter
" " 4 " " " " 2,22 "

Breslau, 4 Februar.

Fest.

Freiburger 94. 00. do. junge —. Oberschles. 144. 00 R. Oder-Ufer-St. A 112, 00 do. do. Prioritäten 113 00. Franzosen 521 00 Lombarden 231, 50. Italiener —. Silberrente 69 25 Rumänier 35,75 Bres. Diskontobank 82, 75 do. Wechslerbank 75, 50. Schles. Bankv 105, 50 Kreditaktien 397, 00. Laurahütte 120. 50 Oberschles Eisenbahnbed. —. Oesterreich. Bankn. 183, 50 Russ. Banknoten 283, 50. Schles. Vereinsbank 91, 50 Ostdeutsche Bank —. Breslauer Prov.-Wechslerb. —,—. Kramsta 90 00. Schlesische Zentralbahn —, —. Bresl. Oelf. —,—.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 4. Februar Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlußkurse.] Londoner Wechsel 204,70. Pariser Wechsel 81.50. Wiener Wechsel 182,70. Franzosen*) 265. Böhm Westb. 170¾ Lombarden*) 121. Galizier 214 Elisabethbahn 168¾. Nordwestbahn 135½ Kreditaktien 197½*) Russ Bodenkredit 91⅝. Russen 1872 100⅞. Silberrente 69⅜. Papierrente 64½. 1860er Loose 111¾. 1864er Loose 297,60. Amerikaner de 82 98⅜. Deutsch-österreich. 84 Berliner Bankverein 78⅛. Frankfurter Bankverein 79½. do. Wechslerbank 85 Bankaktien 872. Meininger Bank 89¼. Hahn'sche Effektenbank 111⅝. Darmstädter Bank 140, 50. Brüsseler Bank 102⅛.

Spekulationspapiere anfangs fest, zum Schluß schwächer. Lombarden und Anlagewerthe fest.

*) per medio resp. per ultimo.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 197¾, Franzosen 265¾, Lombarden 121¾.

Frankfurt a. M., 4. Februar, Abends. [Effekten-Sozietät] Kreditaktien 197½, Franzosen 264⅞, Lombarden 120⅜, Galizier 213¾, Bankaktien 868½, Darmstädter Bankaktien —, Meininger Bankaktien —, Brüsseler Bank —, Spanier —. Durch Realisationen etwas abgeschwächt, Schluß aber wieder fest.

Wien 4. Februar. Spekulationspapiere schlossen matt, Anlagewerthe gut behauptet.

Nachbörse: Matt und lustlos. Kreditaktien 215, 25, Franzosen —, —, Galizier 233, 00, Anglo-Austr. 125, 00, Unionbank 98, 50, Lombarden —, —, Ungar. Loose —, —, Nordbahn —.

[Schlußcourse.] Papierrente 70, 60. Silberrente 75, 85 1854er Loose 104 50. Bankaktien 958, 00. Nordbahn 1922 Kreditaktien 217, 50. Franzosen 291, 00 Galizier 234, 00. Nordwestbahn 149 50. do. Lit. B. 71, 50. London 111, 10 Paris 44, 10. Frankfurt 54 15. Böhm. Westbahn —, —. Kreditloose 165 00 1860er Loose 110, 20 Lomb. Eisenbahn 131 00 1864er Loose 139, 20 Unionbank 98, 60. Anglo-Austr. 127, 50 Austro-türkische —, —. Napoleons 8, 89. Dukaten 5, 24. Silberkoupons 105, 80. Elisabethbahn 186 00 Ungarische Prämienanleihe 83. 20. Preußische Banknoten 1. 63½.

Wien, 4. Februar, Nachmittags 12 Uhr 10 Minuten. Kreditaktien 218, 25, Franzosen 291, 00, Galizier 234 25, Anglo-Austr. 127, 80, Unionbank 99, 80, Lombarden 135, 00. Recht fest.

London 4 Februar Nachmittags 4 Uhr Aus der Bank flossen heute 408,000 Pfd. Sterl.

Platzdiskont 3 pCt.

Spanier 24⅛. 6proz. ungar. Schatzbonds 91¼.

Konsols pr. März 92 9/16. Italien. 5proz. Rente 67⅛. Lombarden 12⅛. 5proz. Russen de 1871 101 5proz. Russ. de 1872 100⅞ Silber 57½. Türk. Anleihe de 1865 41¾ 6 proz. Türken de 1869 56 6 proz. Vereinigt. St. pr. 1882 104¼. do. 5 pCt. fundirte 103⅛. Oesterreich. Silberrente 68 Oesterr. Papierrente 63¾.

Wechselnotirungen: Berlin 20. 68 Hamburg 3 Monat 20. 68. Frankfurt a. M. 20, 68. Wien 11, 35. Paris 25, 42. Petersburg 32⅝.

Paris. 4 Februar, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. Rente 64, 20, Anleihe de 1872 101, 15 Italiener 67 70. Franzosen 655, 00, Lombarden 310, 00, Türken 41, 95, Spanier 24 06. Unentsch.

Paris, 2 Februar, Nachmittags 3 Uhr. Spanier exter. 24, do. inter. 19½.

[Schlußkurse.] 3 prozent. Rente 64 00 Anleihe de 1872 101. 15. Ital. 5proz. Rente 67, 65. Ital. Tabaksaktien —. Franzosen 656. 25. Lombard. Eisenbahn-Aktien 303. 75 Lombard. Prioritäten 243. 75. Türken de 1865 42 35 Türken de 1869 284. 05 Türkenloose 121. 25.

New-York. 2. Februar, Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchste Notirung des Goldagios 14⅝, niedrigste 1. Wechsel auf London in Gold 4 D 87 C. Goldagio 14⅛. 5/20 Bonds de 1885 120⅜. do. neue 5proz. fundirte 115⅝. Bonds de 1887 120⅜ Erie-Bahn 28⅞. Zentral-Pacific 98 New-York Zentralbahn 102. Baumwollen in New-York 15½. Baumwolle in New Orleans 14⅞. Mehl 5 D. 00 C. Raffin. Petroleum in New-York 13. do. Philadelphia 12¾. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 19 C. Mais (old mixed) 91 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7⅝. Kaffee (Rio-) 19½. Getreidefracht 10½.

Berlin, 4. Febr. Die heutige Börse eröffnete im Anschluß an ziemlich günstige auswärtige, Notirungen im Allgemeinen in fester Stimmung. Die Spekulation trat zwar aus ihrer abwartenden Haltung nicht heraus, aber um so eher konnten dem geringfügigen Angebot gegenüber die Course sich gut behaupten. Um die Mitte der Börsenzeit schwächte sich die Haltung ab, so daß die Tendenz als unentschieden zu bezeichnen war; für die von Wien und Paris abhängigen internationalen Werthe erhielt sich eine günstigere Haltung, während lokale Spekulationssachen sich mehrfach schwächer stellten.

Der Kapitalsmarkt wies eine ziemlich feste Haltung auf, während andere Kassawerthe fast vollständig unbeachtet blieben.

Das Geschäft und die Umsätze gewannen im Allgemeinen nur geringfügige Ausdehnung: nur vereinzelt traten per ultimo gehandelte Werthe in größerem Umfange in Verkehr.

Der Geldstand bleibt unverändert abundant; im Privatwechselverkehr betrug das Diskonto heute 2⅞ pCt. für feinste Briefe.

Von den österreichischen Spekulationspapieren wurden nur Kreditaktien und Lombarden in größerem Umfange bei steigenden Coursen gehandelt; auch Franzosen erzielten eine kleine Aufbesserung, waren aber geschäftlich weniger beachtet.

Die fremden Fonds und Renten verkehrten in fester Haltung ruhig; Türken und Italiener hatten zu besseren Coursen gute Umsätze für sich, auch österreichische Renten waren nicht unbelebt, während russische Pfundanleihen still blieben.

Deutsche und preußische Staatsfonds, sowie landschaftliche Pfand- und Rentenbriefe gingen bei recht fester Tendenz theilweise lebhafter um. Cöln Mindener Prämien-Anleihe höher und lebhaft. Prioritäten waren behauptet und ruhig; Meblitheuer-Weida abermals höher.

Auf dem Eisenbahnmarkte entwickelte sich lebhafteres Geschäft nur für schwere Bahnen, die aber vielfach matter wurden. In letzterer Beziehung sind namentlich die rheinisch-westfälischen Devisen zu nennen, von denen bergische mehrere Prozent bei umfangreichen Umsätzen zurückgingen. Berliner Devisen sowie leichte inländische Aktien waren wenig verändert und still. Von fremden Eisenbahnwerthen waren Galizier und Rumänen ziemlich lebhaft, Anfangs schwächer, später fest.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und still. Montanwerthe matter.

Fonds- u. Actienbörse

Berlin, den 4. Februar 1875.

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl.	4½	105,75 bz
Staats-Anleihe	4½	99,40 bz
do. do.	4	— —
Staatsschuldsch.	3½	91,25 bz
Prm.St.Anl. 1855	3½	135,10 G
Kurh. 40Thlr.Obl.	—	229,50 B
K. u. Neum.Schld	3½	94,50 bz
Oderdeichbau-Obl.	4½	101, B
Berl. Stadt-Obl.	5	102,50 bz
do. do.	4½	— —
do. do.	3½	90,50 bz
Berl. Börsen-Obl.	5	101, B
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,20 B
do.	5	105,25 bz
Kur- u. Neum.	3½	88,50 bz
do. do.	4	97, bz
do. neue	4½	104,00 bz
Ostpreußische	3½	87,00 G
do. do.	4	95,40 G
do. do.	4½	102,00 G
do. do.	5	— —
Pommersche	3½	87,75 G
do. neue	4	95,40 G
Posensche neu	4	95,00 bz
Schlesische	3½	85,75 G
Westpreußische	3½	86,50 G
do. do.	4	95,75 bz
do. Neuland.	4	94,60 bz
do. do.	4½	101,75 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neum.	4	98, B
Pommersche	4	97,25 bz
Posensche	4	96,50 bz
Preußische	4	97,25 G
Rhein.-Westf.	4	97,90 bz
Sächsische	4	98,00 bz
Schlesische	4	96,60 bz
Goth.Pr.-Pfdbr. I.	5	107,00 B
do. II.	5	105,00 bz
Pr.Bd.Crd.-Hyp.-B unkündb. I.u.II.	5	102,50 bz
Pomm. Hyp.Pr.B.	5	104,75 bz
Pr.Ctlb.-Pfdb.kdb.	4½	100,20 bz
do. (110rückz.)unk.	5	107, B
Krupp Pt.-O.rückz.	5	102,75 G
Rhein. Prov.-Obl.	4½	102,50 bz
Anhalt. Rentenbr.	4	98,00 G
Meininger Loose	—	18,80 G
Mein. Hyp. Pfd.B.	4	101,25 G
Hmb. Pr.A. v.1866	3	166,50 B
Oldenburger Loose	3	128,00 B
Bad.St.-A. v.1866	4½	102,50 B
do.Eisb.-P.-A.v.67	4	119,00 B
Neuebad.35fl.Loose	—	124,60 G
Badische St.-Anl.	4½	105,60 G
Bair. Pr.-Anleihe.	4	121,25 G
Dess.St.-Präm.-A.	3½	116,00 G
Lübecker do.	3½	171,50 B
Mecklenb. Schuldv.	3½	88,30 bz
Köln-Mind. P.-A.	3½	108, G

Ausländische Fonds.

Amer. Anl. 1881	6	103,50 bz
do. do. 1882 gek.	6	97,80 G
do. do. 1885	6	102,40 bz G
Newyork. Stadt-A.	7	102,10 G
do. Goldanleihe	6	98,50 bz
Finnl. 10Thl. Loose	—	38,10 G
Italienische Anl.	5	68 25 bz
do. Tabaks-Obl.	6	99,25 G
do. do. Reg.-Akt	6	492,00 G
Oester. Pap.-Rente	4⅕	64,50 G
do. Silberrente	4⅕	69,50 bz G
do. 250fl.Pr.Obl.	4	109,25 B
do. 100 fl.Kred.-L.	—	343,50 B
do. Loose 1860	5	111,60 bz
do. Pr.-Sch.1864	-	297,80 bz
do. Bodenkr.-G.	5	88,00 G
Poln. Schatz-Obl.	4	88,25 bz
do. Cert.A. 300fl.	5	95,00 bz
do. Pfdbr.III.Em.	4	82,75 G
do. Part.O.500fl.	4	325,50 G
do. Liqu.-Pfandb.	4	69,30 bz
Raab-Grazer Loose	4	83,00 bz
Franz. Anl.71. 72.	5	101,50 G
Bukar. 20Frcs.-Lse.	—	—
Rumän. Anleihe	8	105,30 G fl.105,50 G
Russ. Bodenkredit	5	91,40 B
do. Nicolai-Obl.	4	86,00 bz
Russ.-engl. A. v.62	5	102,10 bz
do. " "	3	73,50 bz
do. " " v.70	5	104,10 G
do. " " v.71	5	100,80 bz
do. 5. Stiegl.Anl.	5	86,50 bz
do. 6. " "	5	97,10 bz
do.Prm.Anl. de64	5	167,75 B
do. " " 66	5	167,75 B
Türk. Anleihe 1865	5	42,00 bz
do. do. 1869	6	56, bz
do. do. kleine	6	56,50 bz
do. Loose (vollg.)	3	96,75 B
Ungarische Loose	—	177,00 G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Bk.f.Sprit(Wrede)	7½	60 50 bz G
Barm. Bankverein	5	87,00 B
Berg.-Märk. Bank	4	79,00 G
Berliner Bank	4	73,00 G
do. Bankverein	5	77,75 G
do. Kassenverein	4	235,00 B
do. Handelsges.	4	116,00 bz
do. Wechslerbank	5	54,25 bz
do.Prod.u.Hdlsbk.	3⅔	88,10 G
Bresl. Discontobk.	4	82, G
Bk.f.Ldw. Kwilecki	5	60, G
Braunschw. Bank	4	102,00 B
Bremer Bank	4	111,00 B
Ctralb. f.Ind.u.H.	5	74,90 G
Centralb. f.Bauten	5	54,50 G
Coburg.Creditbank	4	73, B
Danziger Privatbk.	4	115,00 B
Darmstädter Kred.	4	140,60 bz
do. Zettelbank	4	102,50 G
Dessauer Kreditbk.	4	90, B
Berl Depositenbank	5	96,00 G
Deutsche Unionsbk.	4	74, G
Disc. Commandit	4	158,50 G
Genf. Credbk. i.Liq.	—	—,
Geraer Bank	4	94,60 G
Gewb. H. Schuster	4	64, G
Gothaer Privatbk.	4	99,00 G
Hannoversche Bank	4	103,90 bz
KönigsbergerV.-B.	4	83,00 G
Leipziger Kreditbk.	4	146,00 bz
Luxemburger Bank	4	109,90 G
Magdeb. Privatbk.	4	110,50 G
Meininger Kredbk.	4	89,00 B
Moldauer Landesb.	4	49,00 G
Norddeutsche Bank	4	143,80 G
Nordd.Gr.Cr.A.-B.	7½	101,00 bz G
Ostdeutsche Bank	4	77,60 bz G
do. Produktenbk.	4	—, —
Oesterr. Kreditbank	5	416,50 bz
Posener Prov.-Bk.	4	107,00 bz G
do.Prov.Wechl.Bk.	4	1,00 G
Pr. Bod.-K.-A.-B.	4	105,25 bz G
do. Bankantheile	4½	158,00 bz
do. Ctr.-Bd.40pr.	5	118, G
Rostocker Bank	4	110,50 B
Sächsische Bank	4	117, B
Schles. Bankverein	4	105,00 B
Thüringer Bank	4	88,00 G
Weimarische Bank	4	82,80 bz
Prß.Hyp.Versicher.	4	128,75 bz G

In- u. ausländische Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Mastricht	4½	91,50 G
do. II. Em.	5	99,20 G
do. III. Em.	5	99,00 G
Bergisch-Märkisch	4½	100,75 B
do. II.Ser.(conv.)	4½	99,50 G
III. Ser. 3 v. St. g	3½	83,75 B
do. Lit. B.	3½	83,75 B
do. IV. Ser.	4½	99, G
do. V. Ser	4½	99, G
do. VI. Ser.	4½	98,50 G
do. Düsseld.-Elb.	4	92, B
do. II. Ser.	4½	98,00 G
do. Dortm.-Soest		91,75 G
do. II. Ser.	4½	98,00 G
do. (Nordbahn)	5	103,50 bz
Berlin-Anhalt	4	96,50 G
do. do.	4½	100,50 G
do. Lit. B.	4½	100,50 G
Berlin-Görlitz	5	104,00 G
Berlin-Hamburg	4	95,00 G
do. II. Em.	4	95,00 G
Berl.-Potsd.-Mgb. Lit A. u. B.	4	92,60 B
do. Lit. C	4	92,00 G
Berl.-Stett. II.Em	4	93,50 B
do. III. Em.	4	93,50 B
do. IV. S.v.St.g.	4½	102,75 bz
do. VI. Ser. do.	4	93,50 B
Bresl.-Schw.-Frb.	4½	99,50 bz
Köln-Krefeld	4½	96,50 bz
Köln-Mind. I.Em.	4½	101,00 B
do. II. Em.	5	104,40 bz
do. do.	4	96,50 B
do. III. Em.	4	93, G
Cöln-Mnd.IV.Em	4½	93,50 B
do. V.Em.	4	93,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	5	98, B
Märkisch-Posener	5	102,00 G
Magdeb.-Halberst.	4½	99,90 B
do. do. 1865	4½	99,75 B
do. do. 1873	4½	99,90 bz
do. Wittenb.	3	73,75 G
Niederschl.-Märk.	4	97,50 G
do. II.S.a62½thlr.	4	95,75 G
do. c. I. u. II. Sr.	4	98, B
do. con. III. Ser.	4	97,50 G
Oberschl. Lit A.	5	93,00 G
do. do. B.	3½	86, B
do. do. C.	4	93, B
do. do. D.	4	93, B
do. do. E.	3½	84,80 B
do. do. F.	4½	101, B
do. do. G.	4½	99,50 B
do. do. H.	4½	100,80 B
do. Em. v. 1869	5	103,25 G
Brieg-Neisse	4½	98,30 G
Kosel-Oderberg	4	93,75 bz
do. III. Em.	5	103,75 B
Niederschl. Zweigb.	3½	80, B
Stargard-Posen	4	93. bz
do. II. Em.	4½	99, G
do. III. Em.	4½	99, G
Ostpreuß. Südbhn.	5	103,50 G
RechteOder-Ufer I.	5	103,25 G
Rhein. Pr.-Oblig.	5	93, G
do. v. Staate gar.	3½	87,50 G
do.III. v.1858 u.60	4½	99,50 B
do. 1862, 64, 65	4½	99,50 B
Rhein-Nah.v.St.g	4½	102,75 bz
do. II. Em.	4½	102,75 bz
Schleswig	4½	99,00 G
Thüringer I. Ser	4½	93,50 B
do. II. Ser.	4	101, B
do. III. Ser.	4½	93,50 B
do. IV. u. V. Ser	4	100,25 B
Galz. Carl-Ludwb	4½	93 70 bz
Kaschau-Oderberg	5	75,80 bz
Ostrau-Friedland	5	75,50 G
Ungar.Nordostbhn	5	65,50 B
do. Ostbahn	5	60,75 bz
Lemberg Czernowitz	5	71, bz
do. II. Em.	5	78,60 bz
do. III. Em.	5	71,50 B
Mähr.Grenzbahn	5	69,40 G
Oesterr.-Franz.St	4½	329,50 G
Oestr. Nordwestb.	5	87,50 B
Südöstr. Bhn (Lb.)	3	247,60 B
do. Lomb. Bons de 1875	6	101,25 G
do. do. de 1876	6	102,50 G
do. do. de 187/8	6	105,00 G
Czarkow-Azow	5	101,00 bz
Jelez-Woronesch	5	99,20 G
Kozlow-Woronesch	5	100,25 G
Kursk-Charkow	5	99,60 bz
Kursk-Kiew	5	100,40 G
Mosko-Rjäsan	5	100,60 G
Rjäsan-Kozlow	5	100,40 bz
Schuja-Iwanow	5	100,00 B
Warschau-Teresp.	5	98,90 bz
klein	5	99,00 G
Warschau-Wiener	5	100,00 B
klein	5	100,00 B

Eisenbahn-Aktien u. Stamm-Prioritäten.

Aachen-Mastricht	4	30,50 bz
Altona-Kieler	5	111,10 bz
Amsterd.-Rotterd.	4	105,25 bz
Bergisch-Märkische	4	80,50 bz
Berlin-Anhalt	4	118,75 bz
Berlin-Görlitz	4	69,25 G
do. Stammpr.	5	99,50 bz
Balt. russ. (gar.)	3	55,00 G
Brest-Kiew	5	61,40 bz
BreslauWarsch.S.	5	39, B
Berlin-Hamburg	4	184,75 bz
Berlin-Ptsd.-Mgd	4	84,50 B
Berlin-Stettin	4	136,75 bz
Böhm. Westbahn	5	84,25 G
Brest-Grajewo	5	42,90 bz
Bresl.-Schw.-Frb.	4	93, B
Köln-Minden	4	110,50 bz
do. Lit. B.	5	105,50 bz
Crefeld Kr. Kempen	5	1,50 G
Galiz.Carl-Ludw.	5	107,20 bz
Halle-Sorau-Gub.	4	30, G
do. Stammpr.	5	48,00 G
Hann. Altenbeken	5	22,50 bz
Löbau-Zittau	3½	91,80 bz
Lüttich-Limburg	4	13,10 bz
Ludwigshaf.-Berb.	4	176,00 bz
Kronpr.-Rudolph	5	66,10 bz
Märkisch-Posen	4	28,75 bz
do. St.-Prior.	5	60,25 G
Magdeburg-Halb.	4	91,00 bz
do. St.-Prior.B.	3½	71,25 bz
Magdeb.-Leipzig	4	233,00 B
do. Lit. B.	4	93,25 B
Mainz-Ludwigsh.	4	119,00 bz
Münster-Hammer	4	98,25 B
Niederschl.-Märk.	4	98,50 B
Nordh. Erf. gar.	4	43,00 G
do. Stammpr.	4	44,40 B
Oberhess. v.St.gar.	3½	71,25 G
Obers. Lt.A.C.u.D	3½	143,70 G
do. Litt. B.	3½	133,80 G
Oestr.Frz.Staatsb	5	185, G
do. Südb.(Lomb.)	5	227, bz
Ostpruß Südbahn	4	42,90 G
do. Stammpr.	5	79,50 B
Rechte Oderuferb.	5	111,40 bz
do. Stammpr.	5	112,25 G
Reichenberg-Pard.	4½	67,50 G
Rheinische	4	117,25 bz
do. Lit.B. v. St.g.	4	92,40 B
Rhein-Nahebahn	4	21,40 G
Russ.Eisb. v.St.gr.	5	106,00 bz
Stargard-Posen	4½	101,00 B
Rum. Eisenbahn	5	36,00 G
Schweizer Westb.	4	19,00 bz
do. Union	4	10,20 bz
Thüringer	4	112,00 G
do. B. gar.	4	80,75 bz
Tamines Landen	4	6,90 G
Warschau-Wiener	5	258,60 bz

Gold, Silber u. Papiergeld.

Louisdor	—	— —
Souvereigns	—	20,45 G
Napoleonsdor	—	16,31 G
Dollar	—	4,19 G
Imperials	—	16,75 G
Fremde Banknoten	—	99,80 bz
do. (einl. i. Leipz.)	—	99,87 bz
Oesterr.Banknoten	—	183,20 bz
do. Silbergulden	—	192,50 G
Russ. Not. 100 R.	—	283,10 bz

Wechsel-Kurse.

Berliner Bankdisk.	6	
Amsterd. 100fl. 8T.	3½	174,40 bz
do. do 2M.	3½	173,40 bz
London 1 Lstr. 8 T.	6	20,48 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	4½	81,90 bz
do. do. 2M.	4½	— —
Belg. Bankpl. 100 Fr. 8 T.	4½	81,45 G
do. 100 Fr. 2M.	4½	81 10 bz
Wien 150 fl. 8 T.	5	182 80 bz
do. do. 2M.	5	181,65 bz
Augsb. 100fl. 2M.	5	170,10 G
Leipzig 100Thl. 8T.	5½	— —
Petersb. 100R. 3W.	6	281,70 bz
do. do. 3M.	6	279 60 bz
Warsch. 100R 8T.	6	282,50 bz

Industrie-Papiere.

Aquarium-Aktien	—	70 B
Bazar-Actien	—	121,25 G
Bischweil.Tuch-Fb.	—	14, G
Berliner Papierfb.	—	40, B
do. Bockbrauerei	—	54, B
do.Brauer.Tivoli.	—	89, bz
Brauer. Patzenhof.	—	104, G
Brauerei Moabit	—	52, B
Bresl.Br.(Wiesner	—	25 B
Deut. Stahl-F. A.	—	6,30 G
Erdmannsd. Spin.	—	50 90 G
Elbing. M. Eisenb.	—	0,80 B
Flora, A.-Ges. Berl	—	19,75 B
Forster, Tuchfabrik	—	49,50 bz
Gummifbr. Fonrob	—	45,50 G
Hannov. Masch.G. (Egestorf)	—	45, G
Kön. u. Laurahütte	—	119,25 bz
Königsberg.Vulkan	—	30, B 31, G
Mk.-Schl.Maschin. Fabrik (Egells)	—	29,25 G
Marienhütte	—	68,50 bz
Münnich,Chemnitz	—	20,50 G
RedenhütteAkt.-G.	—	25,00 B
Saline u. Soolbad	—	43,25 G
Schles Lein Kramst	—	89,50 G
Ver.Mgd. Spr.Br.	—	35,40 G
Wollbanku.Wollw.	—	40, G

Versicherungs-Aktien.

A.-Münch. F.V.G.	—	7800 G
Aach Rück-Vers.G.	—	16 8 G
Allg.Eisenb. Vs.G.	—	1510 G
Berl.Ld.u.W.V G.	—	795 G
do. Feuer-Vers.G.	—	1013 G
do. Hagel-Ass.-G	—	495 B
do. Lebens-V.-G.	—	2000 G
Colonia, F.-V.-G.	—	5810 G
Concordia,L.-V.G.	—	1940 G
Deutsche F.-V.-G	—	570 G
do. Trsp.-V.-G	—	410 G
Dresd.Allg.Trf.-V.	—	800 G
Düsseldorf. do.	—	1050 G
Elberfeld. F.-V.G.	—	2390 G
Fortuna, Allg.Vrf.	—	830 G
Germania,L.-V.G.	—	390 G
GladbacherF.V.G.	—	1194 B
Kölnische Hag V.G	—	312 B
do. Rückvers.Ges.	—	343 G
LeipzigerFeuerv.G.	—	6000 G
Magdb. All.Unf.V.	—	299 B
do. Feuer-V.-G.	—	2350 G
do. Hagel-Vers.G.	—	216 G
do. Lebens-V.-G.	—	293 B
do. Rückvers.-Ges.	—	512 B
Mecklenb. Lebensvs.	—	— —
Nieder.Güt.Ass.G.	—	630 G
Nordstern,Leb.V.G	—	598 B
Preuß.Hagelvrs G.	—	90 B
do. Hyp.V.-A.G	—	128,75 G
do. Lebens-V.-G.	—	298 G
do. Nat.-Vers.G.	—	656 B
Providentia, V.-G.	—	318, G
Rhein.-Wstf.Lloyd.	—	— —
do. do.Rück-V.G.	—	186 B
Sächsische do. do.	—	180 G
Schles. Feuer-V.G.	—	570 G
Thuringia,Vers.G.	—	310 B
Union, Hagel-Ges.	—	324 G
do. See- u. Fl.-V	—	— —

Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Röstel) in Posen.